

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Ellen Nebel.

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich epd medien (Druckausgabe als PDF). Plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch als PDF-Datei).

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 72,40 Euro.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-190,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

17. Juni 2022 **24**

INHALT

DOKUMENTATION

„Die resiliente Gesellschaft. Über die nötige Vielfalt an Denkmodellen und den Journalismus in Krisenzeiten“

LPR-Forum Medienzukunft

26. April 2022 in Frankfurt am Main

Joachim Becker über Herausforderungen der Öffentlichkeit	3
Eva Kühne-Hörmann über Hass, Hetze und Desinformation	6
Viktor Mayer-Schönberger über die Gestaltung der digitalen Welt	9
Diskussion über die Gestaltung der digitalen Welt	14
Alexandra Borhardt über den Umgang mit Krisen	22
Diskussion über Haltung im Journalismus	27
Denkzettel von Wolfgang Merkel über Moralismus und Demokratie	33
Adrian Lobe über die informierte Gesellschaft	37

Dissens aushalten. Eine Tagung zu Journalismus in Krisenzeiten

epd „Die resiliente Gesellschaft. Über die nötige Vielfalt an Denkmodellen und den Journalismus in Krisenzeiten“ – dieser Tagungstitel ist nicht sehr eingängig. Kein Wunder, wurde doch auf dem LPR-Forum Medienzukunft im April in Frankfurt am Main ein komplexes Thema verhandelt. Bei der Tagung, die von der Journalistin Ingrid Scheithauer für die Medienanstalt Hessen (LPR) organisiert wurde, ging es darum, wie wir als Gesellschaft mit den immer komplexer werdenden kommunikativen Prozessen umgehen und wie wir diese nutzen können, um die multiplen Krisen zu bewältigen, mit denen wir es derzeit zu tun haben.

„Resilienz ist die Fähigkeit, auf Probleme und Veränderungen zeitnah und konstruktiv zu reagieren.“ Mit dieser Definition eröffnete Viktor Mayer-Schönberger, Professor of Internet Governance and Regulation an der University of Oxford, seinen Vortrag. Er hob darauf ab, dass es nicht die Informationen allein sind, die uns befähigen, in Krisensituationen gute Entscheidungen zu treffen. Vielmehr gehe es um gedankliche Modelle, mit denen wir uns vorstellen können, was passiert, wenn ich dieses oder jenes tue oder lasse. Mayer-Schönberger nennt diese Art der Problemlösung, die auf der Vorstellung „Was wäre, wenn“ beruht, „zielgerichtet träumen“.

Das Problem bei unserer Neigung, uns an Denkmodellen zu orientieren, ist allerdings, dass wir die bekannten und vor allem die einfachen Modelle bevorzugen. Denkmodelle nämlich, die nicht von uns verlangen, „dass wir Ambiguitäten, Mehrdeutigkeiten aushalten“ müssen, erläuterte die Sozialpsychologin Aylene Heller. Diese Neigung der Menschen, die Welt in Gut und Böse einzuteilen, befördere die Polarisierung der Gesellschaft. Auch die Rechtswissenschaftlerin Indra Spiecker mahnte, dass unsere Gesellschaft den streitbaren, demokratischen Diskurs zu wenig lebe und auch nicht mehr akzeptiere. Wichtig sei, den Dissens auszuhalten – auch die Wissenschaft lebe davon.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel dachte diesen Gedanken noch weiter und beklagte im Zusammenhang mit der Verengung der Diskurse eine Moralisation der Debatten: Die eigene Position werde moralisiert, während die gegnerische Meinung als unmoralisch abgewertet werde. Es gehe darum, vermeintlich unmoralisch argumentierende Personen aus dem Diskurs auszuschließen. Dieser Moralismus bringe eine „problematische Binarität in den politischen Diskurs“.

Die Journalistin und Beraterin Alexandra Borchardt zeigte einige Möglichkeiten auf, wie der Journalismus der Gesellschaft bei der Bewältigung ihrer komplexen Probleme helfen könnte. Ihre erste Forderung: „Viel, sehr viel erklären.“ Das Grundbedürfnis vieler Menschen sei, zu verstehen, was vor sich geht. Wenn Medien mehr einordnen und den Menschen auch Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen würden, könnten sie damit der sogenannten *News Fatigue*, also dem Phänomen, dass Menschen Nachrichten bewusst vermeiden, vorbeugen.

Dies gelte besonders für den Klimaschutz, sagte Borchardt. Für die Berichterstattung über diese Themen plädierte sie ebenso wie die Wissenschaftsjournalistin Susanne Götze und die NTV-Chefredakteurin Sonja Schwetje für ressortübergreifende Zusammenarbeit in den Redaktionen und eine Vielzahl an Genres. Nur so lasse sich die ganze Dimension der Klimakrise angemessen erfassen und darstellen.

Was aber kann der oder die Einzelne tun? Wie kann er oder sie sich erfolgreich durch die Flut von Nachrichten, Desinformation und Hasskommentaren in der durch die großen Plattformen kapitalisierten Öffentlichkeit navigieren? Nach Meinung des Journalisten



Adrian Lobe hilft nur eins: zuhören und den Denkapparat einschalten, um den eigenen Kompass zu finden. Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und Denken.

Diemut Roether

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Karsten Frerichs
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Ellen Nebel
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
83,15 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.

Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-432
Fax. (030) 32 53 21-444
E-Mail: christoph@m-public.de
Druck: FRITSCHE Druck GmbH
Heiterblickstraße 42
04347 Leipzig

„Schutzbedürftige Struktur“

Joachim Becker über Herausforderungen der Öffentlichkeit

epd Wir haben ein drängendes Thema: Die Resilienz unserer Gesellschaft muss stärker werden. Und dazu gehören die Sicherung der Vielfalt, die Stabilität der Öffentlichkeit, die Herausforderungen an den Journalismus in Krisen-Zeiten.

Wir sehen uns seit geraumer Zeit mit einer Vielzahl verengter Weltbilder konfrontiert. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen Absolutheitsanspruch erheben und andere und anderes nicht mehr gelten lassen. Das führt zu einer gefährlichen Diskursunfähigkeit – und diese in Folge zu Radikalisierungen, zu Vertrauensverlust, zur Ablehnung der demokratischen Ordnung.

Wir haben das während der Pandemie und im Ringen um den richtigen Weg ihrer Eindämmung erlebt. Es sind ja nicht nur die Bilder, die heute noch erschrecken: zum Beispiel von jener Demonstration der selbst ernannten „Querdenker“, die im August 2020 versucht hatten, den Reichstag zu stürmen und damit das Herzstück der parlamentarischen Demokratie zu treffen. Wir wissen um die Vielzahl von Übergriffen und Angriffen auf Journalistinnen und Journalisten bei Demonstrationen oder sogenannten Spaziergängen. Wir wissen um Anfeindungen und Drohungen gegenüber Wissenschaftlern und Mandatsträgerinnen.

Wir erinnern die hoch emotionalisierten, aber völlig schiefen Vergleiche – wie den jener unglückseligen „Jana aus Kassel“ oder den der „Corona-Diktatur“.

„Existenzielle Herausforderungen“

Wie sehr soziale Netze als Radikalisierungsmaschinen wirken können und tatsächlich wirken, führte uns – neben allen anderen – der Messengerdienst Telegram besonders eindringlich vor Augen. Da wurden in geheimen Chat-Gruppen Mordpläne gegen Politiker, Wissenschaftlerinnen, Medienleute und Impfpflichter geschmiedet. Wie die Recherche von Jan-Henrik Wiebe von Funk, dem Content-Netzwerk von ARD und ZDF, zeigte, stieg die Zahl der Todesdrohungen im November 2021 parallel zur Debatte um die Einführung der Impfpflicht an. Unter anderem waren die Länderchefin von Mecklenburg-Vorpommern und der sächsische Länderchef davon betroffen.

Ebenso deutlich wurde, wie schwer – bis nahezu unmöglich – es ist, ein Netzwerk mit dem vermuteten Sitz in Dubai, gegründet von zweien, die sich zudem als digitale Nomaden verstehen, auf das verbindliche Regelwerk eines Landes zu verpflichten. Dass Mitte dieses Monats

dann auch noch Umsturzpläne samt Entführung des Bundesgesundheitsministers in rechtsextremistischen Chatgruppen bekannt wurden, bestärkt dies nur.

Nun haben wir es aber nicht nur mit Covid-19 zu tun, dieser einen Pandemie. Wir werden uns künftig immer wieder mit Pandemien konfrontiert sehen. Und es gibt weitere, ebenso existenzielle Herausforderungen, denen wir uns allen zugleich stellen müssen: der beschleunigte Klimawandel, zu dessen Eindämmung eine systematische Transformation weltweit und in allen Wirtschaftsbereichen nötig ist. Die zunehmende Migration. Die steigenden Zahlen flüchtender Menschen. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen waren 2020 mehr als 82 Millionen Menschen auf der Flucht. Und die Zahl wächst, angetrieben durch Russlands Angriff auf die Ukraine, deren Bürger versuchen, dem Horror des Krieges zu entkommen.

„Mosaiksteine und Menetekel“

Womit wir bei dem wären, was seit dem 24. Februar als „Zeitenwende“ gilt und nicht nur zu Erschütterungen unserer Gewissheiten führt. Das Europa, in dem ein neuer Krieg nach 1989 nicht nur für den – viel zu früh verstorbenen – britischen Historiker Tony Judt undenkbar geworden war, dieses Europa geht unter. Seit dem Fall der Mauer, der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende der Sowjetunion war das Leben – vielleicht für viele unmerklich – vom Glauben an den „ewigen Fortschritt des Westens“ geprägt, wie es der Soziologe Andreas Reckwitz formuliert. Dazu gehörte – in der Tradition der Aufklärung –, auf die Entfaltung der Vernunft zu setzen. Darauf, dass Fortschritte in Wissenschaft und Technik mit Fortschritten in Recht, Politik und Moral einhergehen. Oder anders ausgedrückt: parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft, soziale Sicherung, Pluralismus und Individualismus sind das dauerhafte Exportmodell, das auch die Globalisierung bestimmt. So war unser Bild von der Welt.

Aus diesem Blickwinkel haben wir – die Mehrheit der Bevölkerung und die Regierung – auf Russland geschaut und an die Idee seiner nachholenden Modernisierung geglaubt. Unsere Annahme war: Wenn Russland eingebunden wäre, würde es sich nicht nur den Märkten öffnen, sondern wir könnten auch seine Zivilgesellschaft stärken. Und das würde, gleichsam automatisch, zu Demokratisierung und Pluralisierung führen. In diesem Denkmodell verhaftet, haben wir offensichtlich einiges übersehen beziehungsweise die einzelnen Mosaiksteine und Menetekel nicht zu einem Bild zusammengefügt.

Nun erscheinen die ideologischen Konfliktlinien zwischen Liberalismus und Autoritarismus grell und sind damit deutlich erkennbar. Wir finden uns nun wieder in einer multipolaren Welt, in der sich vermutlich China und Russland gegen den Westen positionieren. Und mehr noch: Wir sehen uns auch konfrontiert mit rechtspopulistischen Bewegungen in den eigenen Gesellschaften. Das gilt nicht nur für die osteuropäischen EU-Mitglieder Polen und Ungarn, es gilt auch für unseren Nachbarn Frankreich, in dem die rechtspopulistischen Parteien im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen so viele Stimmen wie nie zuvor gewinnen konnten und die rechtspopulistische Kandidatin auch in der Stichwahl am Sonntag so viele Stimmen erhielt wie nie zuvor. Und hierzulande zeigte die Sonntagsfrage vom 7. April die AfD bundesweit immer noch bei elf Prozent.

„Mechanismen der Plattform-Ökonomie“

Wir sind damit bei dem Prozess der Meinungs- und Willensbildung und dem Verständnis einer demokratischen und der Demokratie dienlichen Öffentlichkeit. Dafür braucht es verlässliche Informationen, geprüfte Fakten, vernünftige Argumentationen und den Willen, sich damit auseinanderzusetzen. Das ist die Basis für eine gemeinsame Wirklichkeit, auf der Positionen und Einschätzungen diskutiert und politische Entscheidungen reflektiert und bewertet werden können. Die Publizistin Carolin Emcke beschreibt Öffentlichkeit als eine jener unverzichtbaren Strukturen, die „die Gesellschaft kapillarisch durchziehen und am Leben erhalten“. Wir müssen, so sagt sie, nicht nur die Energieversorgung als sicherheitsrelevant betrachten, sondern auch Öffentlichkeit als verwundbare und schutzbedürftige Struktur erkennen.

Die verheerenden Wirkungen Putins systematischer Angriffe auf die sensiblen Phasen politischer Entscheidungsprozesse – in Kombination mit den Mechanismen der Plattform-Ökonomie – haben wir in verschiedenen Ausgaben des LPR-Forums thematisiert. Und so wie der Cyberspace zum politischen Raum wird, so kann er auch Kriegsgebiet werden. Mit allen möglichen Angriffen auf die Infrastruktur oder eben die Öffentlichkeit.

Aber: Lassen Sie mich an dieser Stelle, obwohl der Befund zutreffend beschrieben ist, dennoch auf eine Besorgnis hinweisen. Die auf EU-Ebene beschlossene Abschaltung russischer Propagandasender wie Russia Today und Sputnik stellen uns Medienanstalten zwar derzeit nicht vor allzu große praktische Herausforderungen. Mit unserem Bild einer unabhängigen, staatsfernen Medienaufsicht hat dies aber wahrlich nicht viel zu tun. Was es wirklich heißt, Desinformation nach Maßstäben des inländischen Medienrechts zu ermitteln und zu bewerten, stellt die wirkliche Herausforderung dar, der

wir uns, ob wir wollen oder nicht, stellen müssen. Eine EU-Verordnung, die rechtsstaatlich erteilte Lizenzen aussetzt, entspricht – auch und gerade in schwierigen Zeiten – jedenfalls nicht meinem Verständnis. Der Weg, wie die Medienaufsicht sich jüngst Angeboten wie RT DE angenommen hat, zeigt zu meiner Überzeugung, wie es gehen kann.

Anders als in autokratischen oder diktatorischen Regimen sind Regierende in offenen Gesellschaften durchaus davor geschützt, auf ihre eigene Propaganda hereinzufallen. Doch die Offenheit unserer Gesellschaften macht Bürgerinnen und Bürger leicht zum Ziel für Desinformation und Wahleinmischung. Während der Pandemie haben wir einen großen Vertrauensverlust in politische Institutionen erlebt, sicher auch teilweise bedingt durch das kommunikative Staatsversagen, wie „Die Zeit“ es zusammenfasst.

„Klimawandel ist ein Prozess“

Doch was, wenn aus dem gesunden Misstrauen der Bürger, das sicherlich auch zu einer Demokratie gehört, ein übersteigertes Misstrauen wird? Wenn es von außen geschürt und als Waffe eingesetzt wird? Die knappe Antwort des Politikwissenschaftlers Ivan Krastev: Das ist „tödlich für jede demokratische Gesellschaft“. Pandemien, Klimawandel, Flucht und Migration, Krieg – das sind Themen, die so grundstürzend sind, dass sie damit auch anfällig sind für Desinformationskampagnen. Darauf müssen sich die Öffentlichkeit, der Journalismus und nicht zuletzt auch die Regulierung einstellen. Für Medienschaffende und Medienunternehmen bedeutet das auch, vieles auf den Prüfstand zu stellen und vieles zu ändern.

Bemerkenswert ist, was der Journalist und ehemalige Medienmanager Wolfgang Blau dazu zu sagen hat. Er ist Mitbegründer des neuen Oxford Climate Journalism Network und hat sich am Reuters Institute intensiv damit befasst, was und wie etwas zu ändern ist in Medien-Organisationen, in Redaktionskulturen, in der journalistischen Werteskala. Eine Erkenntnis, aus der sich vieles ableiten lässt, ist: Klimawandel ist kein Ereignis, kein Event, der Klimawandel ist ein Prozess, der schon lange und leise läuft. Das gilt aus meiner Sicht auch für die anderen großen Herausforderungen – auch sie sind, wie der 24. Februar, keine Ereignisse wie Vulkanausbrüche oder Erdbeben, auch wenn sie noch so eruptiv erscheinen.

„Das Verlassen der Welt“ heißt eine Analyse zur Auslandsberichterstattung, die epd medien Anfang April veröffentlicht hat. Ja, wir waren überrascht, wie schnell die Taliban in Afghanistan die Macht übernommen hatten nach dem Abzug der US-Truppen im Sommer

2021. Wissen wir, wo Bamako liegt? Was die Bundeswehr in Mali tut und warum das wichtig sein könnte? Was wussten wir von der Ukraine vor dem russischen Truppenaufmarsch und dem Angriff am 24. Februar? Was wussten wir davon, was nach 2014 auf der Krim passierte oder in den selbst ernannten Volksrepubliken? Und ja, wir erinnern uns, auch der Ausgang des Brexit-Votums hatte uns 2016 kalt erwischt.

Diese Stichworte stehen für komplexe Prozesse, die aber in der öffentlichen Debatte, wie ich meine, unterbelichtet geblieben sind. Weil uns hier ein verlässlicher Strom an Informationen fehlt und die Auslandsberichterstattung aus einer Vielzahl von Gründen, auch ökonomischen, weniger geworden ist - in Quantität und Qualität.

Wir brauchen jedoch nicht nur valide Informationen. Um klug entscheiden und handeln zu können, brauchen wir auch unterschiedliche Einschätzungen und Perspektiven, eine Vielzahl an Denkmodellen. „Je mehr Standpunkte ich im Kopf habe, desto gültiger meine (...) Schlussfolgerungen“, so Hannah Arendt.

Wir können uns in der neuen Weltordnung nicht mehr auf die Attraktivität unseres Fortschrittsmodells verlassen, auf das, was „soft power“ beschreibt. Wir müssen vielmehr als offene Gesellschaft unsere Ver-

wundbarkeit erkennen, den Prozess der Meinungs- und Willensbildung schützen und Öffentlichkeit als eine unverzichtbare Struktur begreifen, die „unsere Gesellschaft kapillarisch durchzieht und am Leben hält“. Dann sind wir auf dem Weg zur nötigen Resilienz. Darüber sprechen wir heute.

Dass das in dieser Form möglich ist, verdanken wir unseren Sponsoren. Für ihre verlässliche Unterstützung dieser Veranstaltungsreihe sage ich Danke!

Mein Dank geht auch an Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier, unter dessen verlässlicher Schirmherrschaft diese Tagungsreihe steht. Und es ist mir eine besondere Freude, mit Eva Kühne-Hörmann die Justizministerin des Landes begrüßen zu dürfen.

Last, but not least geht mein Dank an Ingrid Scheithauer, die auch diese 13. Ausgabe des LPR-Forums konzipiert und mit ihrem Team organisiert hat. An sie darf ich jetzt übergeben. Uns allen wünsche ich heute gute Erkenntnisse und gute Gespräche am Rande, denn auch dazu sind solche Veranstaltungen da.

*

Joachim Becker ist Direktor der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen). ■

„Angriff auf die Demokratien“

Eva Kühne-Hörmann über Hass, Hetze und Desinformation

epd Eine Gesellschaft muss resilient, muss widerstandsfähig sein, sonst zerbricht sie an den Herausforderungen. In der Corona-Pandemie haben wir das hautnah erlebt, nur durch den Zusammenhalt aller Kräfte sind wir bisher ganz gut durch die Pandemie gegangen. Die Resilienz einer Gesellschaft stützt sich aber nicht nur auf einen Faktor. Wie ein Stuhl, der immer auf mehreren Beinen stehen muss, um stabil zu bleiben, braucht auch eine resiliente Gesellschaft mehrere Standbeine.

Zwei elementare Standbeine dafür sind die Demokratie und der Rechtsstaat, die zweifelsohne zu den größten Errungenschaften gehören. Sie sind das Fundament unserer Freiheit, unseres Wohlstandes und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Auch wenn wir uns in den vergangenen Jahrzehnten daran gewöhnt haben, dürfen wir nie vergessen, dass Demokratie und Rechtsstaat nicht selbstverständlich sind. Sie wurden von unseren Vorfahren mühsam und unter großen Opfern erkämpft, und wir müssen genauso dafür kämpfen, sie zu erhalten und zu stärken, jeder von uns und jeden Tag. Die Demokratie und der Rechtsstaat sind aktuell großen Bedrohungen ausgesetzt. Wir sehen zum einen, Joachim Becker hat schon darauf hingewiesen, die Bedrohung von außen, von totalitären Staaten wie Russland und China.

„Desinformation, Lügen und blanker Hass“

Der 24. Februar 2022 führte uns das schmerzlich vor Augen, als Russland die Ukraine ohne Anlass und in völliger Verachtung des Völkerrechts angegriffen hat. Nur wenige Flugstunden von uns entfernt hat der Nationalismus erneut sein hässliches Haupt erhoben, er hat bereits Tausende Menschen das Leben gekostet und Millionen in die Flucht geschlagen. Jeden Tag erreichen uns neue Schreckensmeldungen aus diesem immer brutaler werdenden Krieg. Und dieser Krieg ist kein singuläres Ereignis, sondern eine Zeitenwende, die uns alle fassungslos macht.

Russland attackiert schon lange mit einer unglaublichen Brutalität die Fundamente dessen, was Europa ausmacht – die Demokratie, den Rechtsstaat, die Meinungsfreiheit. Dieser Krieg gegen die Ukraine, in dem Russland rücksichtslos ganze Städte zerbombt und gezielt Tausende von Zivilisten ermordet, manifestiert den Hass Russlands auf unsere Werte, unser Wertemodell in blutiger Weise. Das lässt uns alle fassungslos, wütend und traurig zurück.

Wir sehen aber auch die Bedrohung von innen. In Europa machen sich seit Jahren offen rechtsradikale Parteien breit und stören den politischen Kurs mit Desinformationen, Lügen und blankem Hass. Sie sind mitten in den Parlamenten, im Herzen der Demokratie. Ich will nicht unerwähnt lassen, dass wir inzwischen – auch dank journalistischer Recherchen – wissen, dass diese Parteien, auch in Frankreich, von Russland finanziell stark unterstützt werden.

Wir sehen weltweit, dass Hass, Hetze und Desinformation im Internet immer weiter zunehmen. Es sind die sozialen Medien wie Facebook oder Twitter – Telegram ist hier schon genannt worden –, die diesen Hass und die Desinformation vermehren und im Internet in einer Weise verbreiten, wie wir uns das in der analogen Welt nicht vorstellen konnten. Wir wissen inzwischen, dass Desinformationen so in demokratische Entscheidungen anderer Staaten eingegriffen haben, dass sich die Welt dadurch verändert hat. An dieser Stelle ist der Brexit zu nennen, dessen Zustandekommen massiv beeinflusst worden ist durch Desinformation von außen. Dazu gehört aber auch die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten und auch die Flüchtlingskrise 2015 mit ihren hässlichen Begleiterscheinungen oder die Initiative der Russen in Syrien.

„Europäische Union ist zusammengerückt“

Beim LPR-Forum 2017, ich erinnere mich gut daran, hat Phil Howard von der Oxford University in seinem Vortrag gezeigt, wie die US-amerikanische Präsidentschaftswahl 2016 beeinflusst wurde, mit welchen Methoden, mit welchen Mechanismen, mit welcher Technik. Das war damals für viele erstaunlich, aber es ist nicht so, dass man das 2017 nicht hat nachvollziehen können. Wir wussten es alle, aber wir haben ein Stück verdrängt, dass es diese Mechanismen gibt, dass sie einsetzbar sind und dass sie einen echten Angriff auf die Demokratien in Europa bedeuten.

Jetzt, im Ukraine-Krieg, sehen wir deutlich, wie viel Kraft der Zusammenhalt gibt. Der Krieg hat die Nato, die vom französischen Präsidenten Macron 2019 noch als hirntot bezeichnet wurde, zu neuem Leben erweckt. Sie steht enger zusammen als jemals zuvor, weil die Bedrohung durch Russland für alle europäischen Staaten greifbarer geworden ist als jemals zuvor.

Auch die Europäische Union ist zusammengerückt, auch sie so eng wie nie zuvor, trotz aller Differenzen. Joachim Becker hat eben auf die Probleme der Rechtsstaatlichkeit besonders in Polen und Ungarn hingewiesen. Wir sehen zumindest in Polen, dass sich etwas bewegt. Die Polen wissen genau, dass sie auf die Europäische Union und die Nato angewiesen sind, so dass man jedenfalls jetzt den Weg in eine positive Richtung eher erkennen kann als bei anderen osteuropäischen Staaten. Auch das ist ein positives Signal, wenn wir über die Europäische Union reden.

Diesen Kampf gegen Hass, Hetze und Desinformation können wir nicht allein gewinnen. Wenn wir uns mit allen Mitteln dagegen wehren wollen, müssen wir gemeinsam handeln – national, international, europäisch. Der Digital Services Act ist jetzt auf dem Weg, schneller, als viele gedacht haben. Damit müssen die großen Internetplattformen für das Melden illegaler Inhalte Mechanismen vorhalten, um Hass, Hetze, Morddrohungen und politische Radikalisierung im Internet europaweit einzudämmen.

„Kampf gegen Hass und Hetze“

In Deutschland hat es lange gebraucht, bis 2017 das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Kraft treten konnte. Das, was damit geregelt worden ist, reicht aus meiner Sicht immer noch nicht aus, um die Phänomene zu bekämpfen, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Und wenn wir alles effektiv bekämpfen wollen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass das, was auf europäischer Ebene beschlossen wird, nicht hinter den Regelungen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes zurückbleibt. Die Kombination der rechtlichen Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene wird uns weiter beschäftigen.

Es ist vorhin gesagt worden, dass wir in Hessen den Kampf gegen Hass und Hetze aufgenommen haben. Wir haben eine Staatsanwaltschaft, die Zentralstelle für Internetkriminalität, ZIT genannt, die sich seit mehreren Jahren mit Internetkriminalität beschäftigt und Hass und Hetze als Schwerpunkt hinzugenommen hat – mit dem Anspruch, dass in der analogen und in der digitalen Welt der Rechtsstaat gleichermaßen gilt. Die Delikte, die unter anderem eine Rolle spielen, sind Beleidigung, Nötigung, Volksverhetzung. Inzwischen wissen alle, dass das, was online an Beleidigungen erfolgt, genauso strafbar ist wie in der analogen Welt.

Wichtig ist, nicht nur auf Strafverfolgung zu setzen, sondern auf die Kooperationen, die wir bereits haben. Ich bin Ihnen, Herr Becker, und der Medienanstalt Hessen sehr dankbar. Sie sind die Ersten gewesen, die bereit waren, einer solchen Kooperation beizutreten und sich mit einer Strafverfolgungsbehörde zusammen-

zuschließen, um gegen Hass und Hetze vorzugehen. Das ist ein ungewöhnlicher und mutiger Weg gewesen. Sie haben damit die Initiative gegen Hass und Hetze #KeineMachtDemHass hoffähig gemacht. Für die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, mit denen wir im Gespräch waren, war die Mitwirkung der Medienanstalt Hessen eine große Beruhigung. Zumal Sie deutlich gemacht haben, als Regulierer nicht nur das Internet durchkämmen zu wollen, sondern Praxisanteile zu finden und zu schauen, was wir verbessern können. Gemeinsam wollen wir Präventionsprogramme anbieten und die Presse- und die Medienfreiheit so gestalten, dass wir mit allen gesellschaftlichen Kräften zusammen das Übel von Hass und Hetze an der Wurzel packen.

Es hat einige Zeit gebraucht, bis sich Ihnen andere Kräfte angeschlossen haben, beispielsweise Radio FFH und der Hessische Rundfunk. Heute kann ich sagen, dass dieses Bündnis in vielerlei Hinsicht außerordentlich erfolgreich ist. Dabei ist wichtig: Jeder behält seine Eigenständigkeit. Wenn wir über Medienkompetenz und Freiheit reden, dann gilt das eben auch für jeden Partner, der dabei ist. Jeder hat sein eigenes Profil, jeder hat seine eigenen Stärken und jeder hat auch seine Grenzen, die mitunter dazu führen, bei der einen oder anderen Sache nicht mitzumachen. Was alle eint, ist das Ziel, die Freiheit im Netz wiederzugewinnen, Hass und Hetze einzudämmen und die freie Meinungsäußerung zu schützen. Denn die findet kaum Raum, wenn sich andere lauthals und despektierlich, ehrabschneidend und beleidigend dagegen wenden und man den Eindruck hat, mit seiner Meinung allein zu sein. Dann ist Meinungsvielfalt nicht mehr möglich.

„Freiheit im Netz wiedergewinnen“

Wir müssen verhindern, dass Menschen mundtot gemacht werden, dass sie so beleidigt werden im Netz, dass sie damit gar nicht umgehen können, auch wenn es strafrechtlich vielleicht noch nicht relevant ist. #KeineMachtDemHass hat es geschafft, dass die Opfer im Vordergrund stehen und nicht die Täter. Wir kämpfen gemeinsam für rechtliche Regeln, um die Freiheit im Netz wiederzugewinnen. Deshalb herzlichen Dank für das Engagement Ihrer Medienanstalt, Herr Becker.

Natürlich bleibt die Frage, was man noch machen kann. Man kann das Strafrecht ändern, wir haben hier viele Initiativen gestartet. Ein Beispiel: Die Aufstellung von „Feindeslisten“ steht jetzt endlich unter Strafe. Das sind Namenslisten von Politikern, Journalisten und anderen engagierten Personen, mit denen zu Angriffen auf die dort aufgeführten Personen aufgefordert wird.

Eine Demokratie braucht Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit. Um unsere Freiheit zu gewährleisten,

brauchen wir auch eine starke Presse. Doch Journalistinnen und Journalisten, die recherchieren, nachfragen, hinterfragen, werden mehr und mehr von Hass, Hetze und tätlichen Angriffen bedroht. Wenn wir an „Querdenker“-Demonstrationen und Ähnliches denken, dann gibt es neue Phänomene, die straflos bleiben: Nämlich die Fälle, in denen die Arbeit der Pressevertreter dadurch behindert wird, dass zum Beispiel eine Kamera weggetragen oder eine Flagge vor die Kamera gehängt wird. In diesen Fällen wird die Berichterstattung unmöglich gemacht, aber ohne tätlichen Angriff und ohne etwas zu zerstören.

„Starke Presse“

Hessen hat eine Initiative gestartet, die dazu führen soll, die Behinderung der Berichterstattung unter Strafe zu stellen. Wir wollen dafür sorgen, dass die Arbeit der Presse nicht behindert und nicht verhindert wird. Denn nur mit einer starken Presse sind Demokratie und Meinungsfreiheit möglich. Auch das ist ein Punkt, der in der Europäischen Union mehr in den Vordergrund rücken muss, wenn es um Hass und Hetze geht.

Und wenn es um die Rahmenbedingungen journalistischer Arbeit geht, dann ist eines besonders wichtig, nämlich der Hinweis darauf, dass sich manche Informa-

tion derzeit nicht unabhängig überprüfen und belegen lässt. Das gilt für das, was wir aus der Ukraine erfahren, und für das, was wir aus Russland von Korrespondenten hören. Wir wissen dann, dass man mit der Bewertung aller Informationen, die von dort kommen, vorsichtig sein muss. Auch wenn man an der Gesamtsituation keinen Zweifel hat, nämlich an dem destruktiven Ziel Russlands, die Demokratien von außen zu zerstören.

Deswegen zeigen Sie mit der Frage nach der resilienten Gesellschaft ein wichtiges Thema auf. Ich wünsche dem LPR-Forum Medienzukunft und allen, die hier mitdiskutieren, sowie allen, die darüber berichten, viel Erfolg. Zum Schluss will ich allen danken, die in der Ukraine dafür kämpfen, dass unsere Werte in Europa geschützt werden, dass sie zusammenhalten und durchhalten. Wenn ihnen das gelingt, dann haben sie auch unsere Demokratie geschützt und kein anderer. Deswegen sind meine Gedanken bei denen, die in der Ukraine heute für unsere Werte in Europa kämpfen.

*

Eva Kühne-Hörmann ist CDU-Politikerin und war von 2014 bis Ende Mai 2022 Justizministerin des Landes Hessen. ■

„Zielgerichtetes Träumen“

Viktor Mayer-Schönberger über die Gestaltung der digitalen Welt

epd Es freut mich, dass ich heute hier sein darf und auch, dass ich das LPR-Forum über die Jahre hinweg begleiten konnte. Ich sehe allerdings, wie wir mit den Themen hadern; wir haben sie andiskutiert, aber wir haben noch keine absolute Lösung gefunden. Wir sind noch immer mitten in der Debatte.

Resilienz ist die Fähigkeit, auf Probleme und Veränderungen zeitnah und konstruktiv zu reagieren. Aber was bedeutet es, zeitnah und konstruktiv zu reagieren? Das bedeutet vor allem, im richtigen Moment die richtigen Entscheidungen zu treffen. Seit vielen Jahren argumentiere ich, dass eine der wesentlichen Grundlagen für besseres Entscheiden Fakten und Daten sind, die Evidenz haben, mit denen wir die Welt besser erkennen. In dem Maß, in dem wir die Welt besser erkennen können, können wir daraus abgeleitet bessere Entscheidungen treffen.

„Vermeintliche Information“

Das bessere Erkennen der Welt, auf Fakten und Daten basierend, ist aber seit einigen Jahren ein wenig in Verruf geraten. Sie alle erinnern sich vielleicht noch daran, dass US-Präsident Donald Trump im Frühjahr 2020 empfahl, man solle Bleichmittel trinken, um das SARS-CoV-2-Virus im Körper zu vernichten. Eine Information, die vorgibt, eine Tatsache zu sein, es aber nicht ist. Fake News würden wir dazu sagen.

Diese vermeintliche Information war so problematisch, weil in den Vereinigten Staaten tatsächlich viele Menschen Bleichmittel getrunken, sich sehr schwer verletzt haben und in den Notaufnahmen der Spitäler gelandet sind. Manche, so berichten die Medien, seien sogar daran gestorben. Misinformatio, die zu fehlerhaften Entscheidungen führt. Im Bereich des Einzelnen oder der Einzelnen ist das ein gutes Beispiel. Wir trinken Bleichmittel, um den Virus loszuwerden. Was für ein Unsinn!

Aber es betrifft auch uns. Auch in unserer Gesellschaft treffen wir Entscheidungen auf der Basis von Informationen, von Daten mit Evidenz. Und wenn diese Informationen nicht stimmen, wenn sie auf Fake News basieren, treffen wir falsche Entscheidungen. Das wollen mitunter manche.

Unter der Überschrift „Lügen über Butscha“ fragt eine russische Website „What happened in Butscha?“ und verspricht „A full analysis of the Ukrainian provocation“.

Betrieben aber wird Desinformation, mit vielen und gut aufbereiteten Videos, nicht nur, um individuelle, sondern um kollektive Entscheidungen unserer Gesellschaft zu beeinflussen. Das hat Auswirkungen. Studien zeigen, dass Falschinformationen bei Facebook sechsmal öfter gesehen werden als tatsächlich korrekte Informationen. Damit gewinnt die Misinformation mehr Einfluss als die richtige Information. Falschinformationen scheinen eine der größten Schwierigkeiten, eines der größten Probleme unserer Zeit zu sein.

Die Antwort, die sich viele von uns wünschen, ist ein Filter, der die Falschinformation eliminiert, so wie die FFP2-Maske verhindern soll, dass das Virus uns erreicht. Wir hoffen auf technische Lösungen, auf Machine Learning, auf Artificial Intelligence, auf Heere von entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern großer Online-Plattformen. Die Hoffnung ist, dass wir diese Misinformationen mit einer Art Desinfektionsmittel herauswaschen könnten, so dass am Ende nur Information übrig bleibt und nicht mehr Misinformation.

„Die richtigen Entscheidungen“

Ich bin mir da nicht so sicher: Wenn wir nur Information und nicht mehr Misinformation haben, wessen Information ist dann diese Information? Monokulturen haben in der Vergangenheit selten Probleme gelöst. Aber ich möchte mich heute hier nicht mit dem Problem Falschinformation auseinandersetzen. Es ist am Ende des Tages ein zu kleines Rad in der Maschine unserer demokratischen Gesellschaft.

Was ist das größere Rad? Kommen wir noch mal zurück zum Entscheid und wie wir als Menschen entscheiden. Auch ich bin fälschlicherweise davon ausgegangen, dass wir Daten, Fakten nehmen und daraus abgeleitet hoffentlich die richtigen Entscheidungen treffen. Aber das stimmt so nicht.

Hier nur ein Beispiel zur Illustration: Vor einigen Jahren gab es in Westafrika einen Ausbruch des Ebola-Virus. Man hatte, weil es nicht das erste Mal dort war, außergewöhnlich gutes Datenmaterial, wo und wann Viruserkrankungen auftraten. Zwei bekannte Organisationen hatten Zugang zu diesen Daten, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Ärzte ohne Grenzen (MSF, Médecins Sans Frontières), eine NGO, die dort vor Ort sehr aktiv ist. Beide haben diese Daten intensiv analysiert und sind mit denselben Daten zu unterschiedlichen Entscheidungsoptionen gekommen.

Die WHO schlug vor, abzuwarten, die Epidemie würde von sich aus enden. Die MSF ging davon aus, dass die Epidemie sich ausbreiten würde und forderten einen sofortigen Lockdown. Dieselben Daten, unterschiedliche Entscheidungen!

Was bedeutet das? Warum ist das möglich? Daten alleine reichen eben nicht aus, weil wir Menschen Daten in gedanklichen Modellen analysieren, bewerten, interpretieren, um daraus Entscheidungsoptionen zu generieren und Entscheidungen zu treffen. Mit denselben Daten, aber verschiedenen gedanklichen Modellen bewerten wir die gleiche Situation ganz unterschiedlich.

In diesem Fall hatte die WHO ein zeitliches Modell. Sie hatte die Daten dieses Ausbruches verglichen mit Daten früherer Ausbrüche und daraus geschlossen, der Ausbruch würde sich verlaufen. Die MSF nutzte dagegen ein geografisches Modell und schaute nicht, wann, sondern wo einzelne Erkrankungen aufgetreten waren. Sie sah, dass diese sich über ein großes geografisches Gebiet verteilt hatten. Daraus leitete sie ab, dass nur ein Lockdown die Verbreitung stoppen könnte. In diesem Fall hatte die MSF recht. Aber es geht zunächst gar nicht so sehr darum, wer hat recht, sondern dass wir in unterschiedlichen gedanklichen Modellen denken. Wir können es gar nicht ohne diese Modelle.

„Gedankliche Modelle“

Sie meinen, Sie haben noch nie mit einem gedanklichen Modell gearbeitet? Ich sage, haben Sie doch. In einem Experiment mit Spitzenmanagerinnen und -managern in ganz Europa wurden diese gefragt, wie viele Dreiecke sie auf einem Bild erkennen würden. Dabei aber gab es keine „richtige“ Antwort.

Die Antwort hängt davon ab, was genau ein Dreieck ist. Wenn die Definition eines Dreiecks heißt, dass drei Endpunkte durch Linien verbunden sind, dann gab es auf dem Bild kein einziges Dreieck. Wenn aber ein Dreieck etwas ist, das Endpunkte hat und man sich die Linien dazwischen vorstellen kann, dann findet man vier Dreiecke. Wenn man noch weiterdenkt, Dreiecke könnten auch da sein, obwohl noch keine Linien zu sehen sind, dann findet man noch mehr.

Welches gedankliche Modell man von einem Dreieck hat, bestimmt, wie viele Dreiecke man erkennt. Es bestimmt, wie man die Welt wahrnimmt, wie man Daten analysiert. Das bedeutet, dass die gedanklichen Modelle eine enorm große Wirkung haben auf das, was wir denken, wie wir entscheiden und handeln.

Wir können gar nicht ohne gedankliches Modell denken; wir sind immer in einem gedanklichen Modell. Sie ken-

nen sicher den Spruch, den insbesondere amerikanische Management-Gurus verbreiten: „To think outside the box“. Was für ein Unsinn! Sie sind immer in einem gedanklichen Modell, so wie wir alle – wir können nicht ohne eines denken. Versucht man, „outside the box“ zu denken, kommt man meist zu schlechteren Ergebnissen, wie Forschungen zeigten. Daniel Kahnemann und andere VerhaltensökonomInnen meinen, es sei eine kognitive Deformation, dass wir in einem gedanklichen Modell verfangen sind und oftmals falsche Entscheidungen treffen.

Aber was ist, wenn wir gedankliche Modelle als Werkzeug nutzen könnten? Dann könnten wir damit nicht schlechter, sondern vielleicht besser entscheiden.

Wir können, wenn wir sie als gedanklichen Werkzeugkasten sehen, die Welt beeinflussen. Wir können einen besseren Rahmen finden, um daraus bessere Entscheidungen zu treffen.

„Was wäre, wenn?“

Jetzt fragen Sie vielleicht, wie kann das gehen? Das geht mit einer einfachen, aber sehr effektiven Methode, die man vereinfacht formuliert, zielgerichtetes Träumen nennen könnte. Gedankliche Modelle helfen uns, Daten zu analysieren und daraus Entscheidungsoptionen zu generieren, also Möglichkeiten zu entwickeln, wie wir uns entscheiden können. Kahnemann sagt, wenn wir zwei schlechte Möglichkeiten haben, dann entscheiden wir uns oft noch für die schlechtere. Das hilft uns nicht viel. Aber was wäre, wenn wir bessere Entscheidungsoptionen generieren könnten, nicht nur zwei schlechte, sondern eine dritte, vierte, fünfte Option, die vielleicht besser wäre als Option eins oder zwei? Das können wir durch zielgerichtetes Träumen erreichen.

Wie geht das? Ein Beispiel: Stellen Sie sich vor, Sie haben zwei Gefäße, eines für fünf Liter und eines für drei Liter, und Sie haben eine unbeschränkte Menge an Wasser zur Verfügung. Wie bekommt man genau vier Liter in einen Behälter?

Sie denken, Sie überlegen, Sie träumen zielgerichtet! Sie fragen: „was wäre, wenn?“. Was wäre, wenn ich das Wasser in den Gefäßen so umschütte oder so. Sie denken: Wie kann ich das Problem lösen und stellen sich eine alternative Wirklichkeit vor. Sie spielen im Geiste eine Wirklichkeit durch, die es noch gar nicht gibt, und versuchen so, die besten Entscheidungs- und Handlungsoptionen zu entwickeln.

Was wäre, wenn? Wir stellen uns diese Frage implizit oder auch ausdrücklich ständig, jederzeit und versuchen, daraus bessere Entscheidungsoptionen zu entwickeln.

Stellen Sie sich nur vor, Sie kommen zu spät zu einem Termin in Frankfurt. Sie überlegen sich, soll ich den öffentlichen Personennahverkehr nehmen? Soll ich auf ein Taxi umsteigen oder soll ich zu Fuß laufen? Sie überlegen sich aber nicht, ob Sie sich an den Zielort beamen. Das Durchdenken möglicher Optionen erlaubt Ihnen, Entscheidungen und Möglichkeiten zu sehen, die Sie vorher nicht gesehen haben.

Sie wissen, wir stecken im Klimawandel und unsere Welt wird wärmer. Wie wissen wir aber, dass wir schuld sind daran? Das lässt sich aus den Daten alleine nicht erkennen. Warum? Weil wir nur eine Welt haben und diese Welt wird wärmer. Wir können aus den Daten nicht ermitteln, was wäre, wenn wir nicht da wären.

„Kognitive Überlegenheit“

Genau diese Frage, „was wäre, wenn?“, stellen sich Klimaforscherinnen und -forscher aber. Um sie zu beantworten, nutzen sie komplexe Klimamodelle einer Welt, die genauso funktioniert wie die unsere – aber ohne Menschen. Damit können sie die Temperatur des Modells mit der Temperatur, die wir auf der Erde haben, vergleichen und den Unterschied feststellen. Was wäre, wenn? Was wäre, wenn es eine Welt gäbe ohne Menschen? Dann könnten wir daraus im Vergleich mit unserer Welt erkennen, ob wir schuld daran sind, dass sich die Erde erwärmt. Die Antwort ist: „Ja, wir sind es!“

„Was wäre, wenn?“ Dieses zielgerichtete Träumen klingt so einfach, und doch ist es der Schlüssel zu unserer kognitiven Überlegenheit. Maschinen können das nicht, und Menschen, die aus dem Bauch heraus entscheiden, tun das auch nicht. Aber wir können es. Wir haben diese Fähigkeit, und Sie tun es auch immer wieder, indem Sie sich eine andere Wirklichkeit vorstellen und dann die Entscheidung treffen, diese Welt, diese andere Wirklichkeit in die Realität umzusetzen.

Alison Gopnik ist eine der führenden Forscherinnen in den Kognitionswissenschaften; sie hat erkannt und dargelegt, dass wir das zielgerichtete Träumen schon von klein auf praktizieren. Kinder spielen „Doktor“ oder „Kaufladen“. Lange glaubten wir, dass Kinder das tun, um ihre Sozialkompetenz zu entwickeln. Heute wissen wir durch die Kognitionsforschung, dass es der Versuch ist, mit alternativen Wirklichkeiten umzugehen und mit Hilfe der Frage „was wäre, wenn?“ Möglichkeiten durchzuspielen.

Schon Kinder im Alter von einem Lebensjahr beginnen, diese „was wäre, wenn?“-Frage zu stellen und hören nie damit auf. Diese „was wäre, wenn?“-Fragen sind die Praxis des Denkens in gedanklichen Modellen, das wir

im Kindesalter beginnen und hoffentlich unser Leben lang mitführen.

Es braucht jedoch nicht nur das Träumen. Träumen ohne Grenzen führt zu vielen Entscheidungsoptionen, aber nur wenige davon sind realistisch umsetzbar. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die unser Träumen ein- oder beschränken. Wenn wir überlegen, wie komme ich ans Ziel? Mit dem öffentlichen Personennahverkehr, mit dem Taxi oder zu Fuß? Dann überlege ich, was ist realistisch. Weil ich mein Träumen einschränke, Bedingungen aussetze, so wie Kinder ihre Aktivitäten einschränken. Gleichzeitig erkennen wir, dass manche Bedingungen flexibler sind als andere. Aus diesen unterschiedlichen Bedingungen und ihrer Flexibilität ergeben sich neue Entscheidungsmöglichkeiten und neue Ausdrucksmöglichkeiten, das, was wir auch als Innovation bezeichnen.

Martha Graham, die Begründerin des modernen Tanzes, hat ihre Tänzerinnen aufgefordert, ihre Korsetts abzulegen. Und zugleich hat sie neue Bedingungen festgelegt. Mit Hilfe der Einschränkungen können wir dann etwas zielgerichtetes Neues träumen. Daraus hat Martha Graham ihre Dance Method entwickelt, die neue Ausdrucksmöglichkeiten ermöglicht.

„Flexible Bedingung“

Ein anderes Beispiel kommt aus dem alpinen Bereich: Reinhold Messner und Peter Habeler überlegten in den 1970er Jahren, wie sie ohne zusätzlichen Sauerstoff auf den Mount Everest kommen könnten und haben es dann getan.

Wie war das möglich? 20 Jahre davor sind Expeditionen zum Mount Everest gekommen mit dem Wissen, dass der Mensch in großer Höhe nicht genügend Sauerstoff hat und stirbt. Deshalb galt: Man braucht zusätzlichen Sauerstoff. Messner und Habeler aber sahen sich die Beschränkung genauer an. Es ist nicht Höhe allein, die krank macht, man muss sich über längere Zeit dort aufhalten. Wenn man also, so die Überlegung der beiden Extrem-Bergsteiger, schnell auf- und schnell absteigt, macht es nichts aus, dass wenig Sauerstoff in der Luft vorhanden ist. Und schnell sein konnten die beiden. Für die Eiger-Nordwand, die Wand aller Wände in den Alpen, hatten sie nur fünf Stunden, ein Viertel der üblichen Zeit, gebraucht. Am Mount Everest sind sie vom letzten Camp zum Gipfel hinauf aufgebrochen und dann gleich ins Lager 3 abgestiegen – in knapp 18 Stunden.

Was haben sie sich ausgedacht? Sie haben eine Bedingung analysiert und festgestellt, dass diese Bedingung gar nicht so strikt und absolut war wie zuvor gedacht, sondern flexibel. Diese flexible Bedingung hat eine

neue Möglichkeit eröffnet, ohne Sauerstoff, aber eben schnell auf den Gipfel des Everest zu steigen. Das ist nichts anderes als zielgerichtetes Träumen und das Neu-Bedenken der Bedingungen.

Nun stellt sich die Frage, wie wird man besser, in Modellen zu denken und Entscheidungen zu treffen? Das erste und wohl Wichtigste ist, zielgerichtet zu träumen, sich also eine andere Wirklichkeit vorzustellen. Wir Menschen können das üben, wenn wir ein gutes Buch lesen, wenn wir ins Theater gehen, wenn wir einen Kinofilm anschauen oder ein gutes Videospiel spielen. Wir begeben uns so in eine alternative Wirklichkeit. Wir überlegen uns dabei, „was wäre, wenn“, was wäre, wenn sie die Mörderin wäre, wenn er sich verliebt, „was wäre, wenn“.

Das führt dazu, dass unsere Fähigkeit, in Modellen zu denken, zielgerichtet zu träumen, trainiert, gefördert, praktiziert wird. Alison Gopnik beschreibt Kinder als „Forschungs- und Entwicklungsabteilung der Menschheit“, während wir Erwachsenen, weil wir zu wenig zielgerichtet träumen, mehr Marketing und Verkauf seien.

„Pluralität im Kopf“

Der nächste Schritt ist, dass wir nicht nur ein gedankliches Modell haben, sondern ein ganzes Repertoire an gedanklichen Modellen entwickeln. Das ist das, wofür Business Schools viel Geld verlangen. Die Studierenden lernen dort über die sogenannte Fall-Methode, „case method“, unterschiedliche Geschäftsfälle. Dabei wird ausprobiert, „was wäre, wenn“ man so entschieden oder „was wäre, wenn“ man anders entschieden hätte. Das ist genau dieses zielgerichtete Träumen. Juristinnen und Juristen machen das, wenn sie Fälle analysieren. Ärztinnen und Ärzte machen es, wenn sie Fälle durchgehen.

Wir träumen zielgerichtet, auch wenn wir es manchmal anders nennen. Wir tun es nicht mit großer Freude und großem Enthusiasmus. Auch wenn wir manchmal viel Geld dafür zahlen, versuchen wir ein entsprechendes Repertoire an Modellen zu erwerben. Wir wissen dabei aber nicht, welche Modelle wir in unserem Leben brauchen werden. Deswegen ist es wichtig, neugierig zu bleiben, die Welt zu erforschen außerhalb des bekannten, ausgetretenen Wegs, auf dem wir uns ohnehin befinden.

Was braucht dann unsere Gesellschaft? Pluralität im Kopf! Pluralität, weil wir so unterschiedliche Modelle zur Verfügung haben und aus diesen unterschiedlichen Modellen hoffentlich die richtigen Entscheidungen herausfiltern und generieren können. Und jetzt sehen Sie das Problem bereits: Unsere Medienlandschaft ist fokussiert, auch unsere Regulierungsdebatte ist fokussiert auf

Information als Input für einen Entscheidungsprozess – unter der Annahme, dass die richtige Information die richtige Entscheidung produziert. Aber unsere Medienlandschaft und Medienregulierung sind nicht darauf vorbereitet, dass wir uns mit den Modellen auseinandersetzen, die Menschen haben.

Wenn wir über Modelle sprechen, fragen wir, was ist ein gutes und was ein schlechtes Modell? Doch diese Frage ist falsch, denn es gibt – mit einer einzigen Ausnahme – keine richtigen oder falschen Modelle. Es gibt nur das falsche Anwenden eines Modells.

„Das Problem liegt bei uns“

Nehmen wir das Gedankenmodell, die Erde sei eine Scheibe. Das ist längst widerlegt, also ein falsches Modell. Aber wenn man sein Wohnzimmer für die Verlegung eines neuen Teppichbodens ausmessen will, ist es durchaus sinnvoll, davon auszugehen, dass die Erde eine Scheibe ist und man nicht versucht, die Erdkrümmung im Wohnzimmer mit zu vermessen. Für genau diesen Zweck ist das Modell „die Erde ist eine Scheibe“ völlig ausreichend. Aber es ist das falsche Modell, wenn Sie in den Weltraum fliegen wollen.

Was bedeutet das? Dass wir nicht über das Filtern von Modellen zu einem besseren Ergebnis kommen können. Das Problem liegt bei uns. Wir müssen den Prozess des Anwendens erlernen und verbessern. Das können wir nicht outsourcen.

Was ist die Rolle von Medien und öffentlichen Debatten? Verstehen Sie mich nicht falsch, natürlich sind Daten und Fakten wichtig, aber eben nicht alleine; wir müssen auch über die gedanklichen Modelle nachdenken, mit deren Hilfe wir diese Informationen einordnen und bewerten. Welche gedanklichen Modelle haben wir? In welchen Modellen sind wir zu stark verhaftet? Welche sind zu eng?

Extremismusforscher haben nachgewiesen, dass einige der Terroristen des Pariser Bataclan-Anschlags in gedanklichen Modellen dachten. Sie waren dabei rational und sachlich. Irrationalität war hier nicht das Problem. Das Problem war die Enge ihres gedanklichen Modells. Sie sahen nur eine einzige Entscheidungsoption: andere Menschen zu ermorden.

Wir müssen verstehen, dass unsere gedanklichen Modelle viel flexibler sind als wir gemeinhin annehmen und wir damit viel bessere multiple Entscheidungen treffen können. Wir brauchen Vielfalt im Kopf. Das ist zugegebenermaßen schwierig, denn Einheitlichkeit im Kopf ist angenehm.

Das bedeutet aber auch, dass wir in unserer Gesellschaft akzeptieren müssen, dass wir streiten, dass es so etwas wie einen Meinungs- und Modellstreit gibt – und dass das gut ist. Demokratie ist nicht kostenlos. Demokratie passiert nicht, indem wir dasitzen und zusehen. Demokratie ist Arbeit, Meinungsstreit-Arbeit, und diesem Meinungsstreit müssen wir uns stellen. Das ist unsere Aufgabe, wenn wir unsere Demokratie erhalten wollen. Nicht weil wir recht behalten, sondern weil wir oft im Unrecht sind, weil wir oft falschliegen und weil wir von anderen Entscheidungen und Modellen lernen können.

Utilitaristischen Pluralismus könnte man das nennen. Ein Pluralismus, den wir anwenden, nicht, weil er moralisch oder ethisch besser wäre, sondern weil er bessere Ergebnisse liefert.

Das Bild vom „Charging Bull“ der Wall Street und dem „Fearless Girl“ davor zeigt das Spannungsfeld zwischen Kapitalismus und Idealismus. Die beiden Bronze-Figuren sind ein wunderbares Bild, weil es zeigt, dass wir in unserer Gesellschaft in pluralistischer Spannung leben. Und dass dieser Pluralismus nicht kostenlos ist. Aber: Aus diesem Pluralismus heraus können wir gesellschaftliche

Resilienz entwickeln. Das ist aufwendig, braucht Zeit und Geld, und ist kein Selbstläufer. Demokratie lässt sich eben nicht an Technologie delegieren. Das erfordert uns.

Wir brauchen also einen neuen Ansatz, was die Aufgaben der Medien betrifft, ihre Rolle und Regulierung. Wir müssen uns der Herausforderung dieser gedanklichen Modelle stellen. Bill Gates sagt, das Leben in dieser Welt werde immer besser. Yuval Harari sagt das auch. Natürlich leben wir besser als vor 100 oder 200 Jahren, aber die größten Herausforderungen liegen vor uns. Sie verlangen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Dafür brauchen wir faktische Informationen, aber vor allem auch gutes, bedingtes, zielorientiertes Träumen. Wir brauchen, was man, auf den Punkt gebracht, Agilität im Kopf nennen könnte.

*

Viktor Mayer-Schönberger ist Professor of Internet Governance and Regulation an der University of Oxford. Im April erschien das Buch „Access Rules. Freeing Data from Big Tech for a Better Future“ von ihm und Thomas Ramge. ■

„Dissens aushalten“

Diskussion über die Gestaltung der digitalen Welt

epd **Ingrid Scheithauer**: Das waren jetzt Vorlagen. Jetzt müssen wir sehen, wie wir diese in die digitale Welt übersetzen, denn dazu hat uns Viktor Mayer-Schönberger noch gar nichts gesagt, aber einen theoretischen Rahmen gesetzt. Ich frage nun zunächst unseren Chat-Moderator, ob es Fragen unseres digitalen Publikums gibt.

Frederik Steen: Ich habe gesehen, dass die Tastaturen geglüht haben, abgeschickt wurde allerdings nur ein Einwand, nämlich, dass Messner auch bei den 7000 Meter hätte scheitern können, zum Beispiel, weil er den Wetterumschwung nicht berücksichtigt hat.

Scheithauer: Dann stelle ich jetzt unser Panel vor: Leibhaftig kommen konnte Aylene Heller. Aylene Heller ist Sozialpsychologin, sie ist Co-Autorin der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022, die im November erscheinen wird. Diese Studienreihe zum Rechtsextremismus gibt es seit 2002, alle zwei Jahre mit neuen Ergebnissen, die allerdings selten erfreulich und ermutigend sind. Damit ist auch gesagt, dass Aylene Heller sich mit den Entstehungsbedingungen rechtsextremer und autoritärer Einstellungen befasst, also mit dem „Bauchgefühl“. Zudem forscht sie derzeit an der Universitätsmedizin Mainz über „DDR-Vergangenheiten und psychische Gesundheit“, ein Projekt des Bundesforschungsministeriums.

Digital dabei **Andrian Kreye**, Autor und Journalist bei der Süddeutschen Zeitung. Da er Elon Musk, der gerade Twitter kauft, persönlich kennt, muss er heute darüber schreiben und konnte deshalb nicht nach Frankfurt kommen. Digitalisierung ist, neben Jazz, sein großes Thema. Er war Feuilleton Chef der „Süddeutschen Zeitung“, war auch ihr Kulturkorrespondent in New York und verfolgt seit Anfang der 80er Jahre die Entwicklung des Internets von der Subkultur der Informatiker zu Nerds und Alltagstechnologie. Seine Beschäftigung mit Künstlicher Intelligenz führte 2018 nicht nur zu dem Buch „Macht Euch die Maschinen untertan“, sondern auch zu einem journalistischen Meisterstück, das mit dem Theodor-Wolff-Preis, sozusagen dem Ritterschlag des Journalismus, ausgezeichnet wurde.

Mit dabei ist auch, leider nicht analog, **Indra Spiecker** genannt Döhmman. Sie ist seit 2013 hier in Frankfurt Professorin für Öffentliches Recht, Informationsrecht, Umweltrecht und Verwaltungswissenschaften und leitet zudem die Forschungsstelle Datenschutz. Das Thema Cybersicherheit findet ihr besonderes Interesse. Hier bringt sie sich unter anderem bei Athene ein, dem größten Forschungszentrum in Europa für Cybersicherheit an der TU Darmstadt. Sie hatte Gastprofessuren rund um den

Globus – von Berkeley bis Beijing und darüber hinaus. Sie ist Mitglied diverser Arbeitsgruppen der Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften, Mitglied der Acatech, der Akademie der Technikwissenschaften, und gehört zum Kreis der Autorinnen, die 2021 die Stellungnahme „Digitalisierung und Demokratie“ vorgelegt haben.

Frau Spiecker, Sie beschäftigen sich mit einem ganzen Strauß dieser Dinge, der Unsicherheit, dem Suchen nach neuen Modellen, nach neuen Ideen, nach neuen Zusammenhängen zur Entscheidungsfindung. Dazu haben wir gerade Viktor Mayer-Schönberger gehört. Wir brauchen den Input einer Vielzahl von Modellen, sagt er. Dabei sind wir mit einer Entwicklung konfrontiert, die sich mit „Vermachtungsstruktur im Netz“ betiteln lässt. Ich habe gerade Elon Musk und seine Twitter-Ambitionen genannt. Wir sehen, dass die großen Plattformen, die unsere Kommunikationsstruktur bestimmen, von wenigen Männern dominiert und bestimmt werden. Wie sollen wir damit umgehen?

Indra Spiecker: Das eine ist, und da stimme ich Viktor Mayer-Schönberger in jeder Form zu, dass Informationen zu haben, noch lange nicht bedeutet, richtige Entscheidungen zu treffen. Die Frage, was eine richtige Entscheidung ist, hängt ganz wesentlich davon ab, was wir als Bewertungsvorstellung und Entscheidungsregeln haben. Wir agieren ständig unter Unsicherheit und müssen Risikoabwägungen treffen. Das ist genau das, was die Plattformen auch tun. Das Problem daran ist, dass sie ihre Risikoabwägungen und Entscheidungen nicht transparent machen und wir keinen Einblick in das haben, was Plattformen für uns entscheiden und wie sie Informationen vorstrukturieren. Deswegen sind wir zu Korrekturen – ob die nun so sind, wie Viktor Mayer-Schönberger sie vorstellte oder anders – gar nicht wirklich imstande.

Das Twitter-Beispiel ist dafür perfekt, weil es uns begreifen lässt, wie stark scheinbar formale Vorgaben unsere Entscheidungsfindung beeinflussen, alleine schon der Wechsel zu 250 Zeichen bei der Twitter-Nachricht. Hinzu kommt: Twitter ist über die Funktion des Retweetens groß geworden. Das heißt, ich muss nicht mehr „copy and paste“ machen, sondern ich teile einen Inhalt mit einem Klick. Das hat die Dynamik der Kommunikation enorm erhöht und ist in den anderen sozialen Netzwerken sofort aufgegriffen und umgesetzt worden. Bei Facebook gab es das dann selbstverständlich auch.

Solche strukturellen Entscheidungen haben eine enorme Auswirkung darauf, wie wir kommunizieren und welche Informationen wir wahrnehmen und damit auch, wie wir entscheiden. Zum Beispiel hat das Re-Tweeten es sehr leicht gemacht, dass Informationen, die möglicherweise Falschinformationen sind, sehr schnell geteilt werden und damit die Aufmerksamkeitsspanne schnell erreichen und überschreiten können. Wir können diese Informationsverbreitung dann aber nicht mehr zurückholen. Das sind strukturelle Weichenstellungen unserer Kommunikation, über die wir nachdenken und sprechen müssten. Uns ist vielfach nicht bewusst, wie bestimmend diese Kontexte sind, wie stark sie beeinflussen, wie wir Informationen verarbeiten und entscheiden. Das gilt für Individuen und Institutionen gleichermaßen.

Scheithauer: *Frau Heller, Sie setzen sich mit den geschlossenen Weltbildern auseinander und stellen sich im Rahmen Ihrer Forschung die Frage, wie sie aufzubrechen sind.*

Ayline Heller: Die erste Frage dazu ist die, warum bestimmte Denkmodelle psychisch so besonders attraktiv sind. Was sorgt dafür, dass ich auf ein Denkmodell zurückgreife, das in bestimmten Situationen gar nicht das adäquate Denkmodell ist oder nicht zu der Lösung führt, die ich am Ende gerne hätte? Was wir als erstes festhalten müssen, ist, dass wir in einer viel komplexeren Welt leben als das noch vor Jahrzehnten der Fall war. Das heißt auch, es ist schwierig, Informationen und Daten zu sortieren und in ihrer Komplexität zu bewerten. Der Ausweg heißt vielfach: Ich suche mir Denkmodelle, die mir eine möglichst einfache Möglichkeit geben, in Gut und Böse zu unterteilen. Denkmodelle, die von mir nicht verlangen, dass ich Ambiguitäten, Mehrdeutigkeiten aushalten muss, sondern, dass ich ein klares Bild davon habe, was ist das Gute, was ist das Schlechte.

Die polarisierenden Elemente gehören zu Modellen, die psychisch attraktiv sind, die dafür sorgen, dass ich mich gut fühle, dass ich impulsiv das am anderen unter Umständen ausleben kann, was ich selbst nicht ertragen kann. Der andere ist das Böse. Das Böse muss bekämpft werden, und ich muss nicht dafür sorgen, dass ich diese Mehrdeutigkeit in mir selbst, in meiner Psyche aushalten muss.

Scheithauer: *Viktor Mayer-Schönberger, haben Sie eine Idee, wie man hier andocken könnte, beziehungsweise wie passt das, was Sie sagen, mit ihrem Befund zusammen?*

„Das Re-Tweeten hat es sehr leicht gemacht, dass Informationen, die möglicherweise Falschinformationen sind, sehr schnell geteilt werden“

Viktor Mayer-Schönberger: Ich glaube, die Frage ist nicht, wie ziehen wir jemanden, der in so einem Denkmodell ist, heraus? Das wäre zu einfach gesprochen. Wir müssen der Person klarmachen, dass es kein universelles, einfaches Gedankenmodell gibt, sondern eben viele unterschiedliche Modelle. Dass der Wechsel von einem in ein anderes Gedankenmodell einen Perspektivenwechsel bedeuten kann, der einen völlig neuen Blick auf das Problem ermöglicht. Und dass das Modell, in dem ich bin, sehr viel flexibler ist, als ich annehme. Das ist ein viel größerer Schritt, als jemandem zu sagen, du musst von Modell A zu Modell B wechseln. Die Gefahr besteht darin, dass die Person dann glaubt, Modell B sei das universelle Modell. Also der Hammer, der alle Nägel einschlägt. Dann haben wir nichts erreicht.

Es ist die Monokultur des Denkens, die Monokultur des Modells, die so problematisch ist. Es gibt eben nicht viele, sondern nur ein gedankliches Modell, das wirklich schlecht und objektiv falsch ist: Das ist jenes, das anderen Gedankenmodellen die Existenz abspricht. Das gilt auch und gerade für jedwede Form des Extremismus. Das ist nicht nur höchst problematisch, sondern brandgefährlich.

Scheithauer: *Möchten Sie das ergänzen?*

Heller: Ich kann auf jeden Fall komplett mitgehen. Es ist das Problem, dass das andere nicht ausgehalten wird: Was von mir verschieden ist und was eben nicht dieser Teil des Dichotom „Gut und Schlecht“ ist, also der gesamte Bereich dazwischen. Es gibt nicht das Schwarz und das Weiß, sondern ich muss aushalten, dass es Graustufen gibt.

Scheithauer: *Frau Spiecker, Sie haben eben den Zusammenhang zwischen technischer Infrastruktur und Information, die wir zur Verfügung bekommen, aufgegriffen. Sind aus Ihrer Sicht diese Entscheidungsstrukturen die Einflussfaktoren für unsere Denkmodelle?*

Spiecker: Auf alle Fälle! Viktor Mayer-Schönberger hat bereits Daniel Kahnemann zitiert, der vor allem, wie auch zum Beispiel Gerd Gigerenzer, der frühere Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, kognitive Modelle entwickelt hat, die auch für die Beantwortung dieser Frage hilfreich sind, also zum Beispiel: wo entscheiden wir bewusst, und wo sind es Automatismen. Wenn wir bewusst entscheiden, haben wir die Möglichkeit zu reflektieren, auch über Metainformationen, Entscheidungssituationen und -regeln. Wenn das gegeben ist, können Informationen in einem gewissen Umfang etwas bewirken, ich kann mir klar werden, was passiert. Im automatisierten Entscheidungsmodus

jedoch – und das ist in viel mehr Umständen der Fall, als wir denken – haben wir eigentlich keine Chance entgegenzuwirken.

Es gibt aus der juristischen Welt signifikante Beispiele dazu. Nehmen wir den sogenannten Anker-Effekt. Wenn Sie eine Zahl in den Raum stellen, dann ist diese Zahl eine Determinante für die weiteren Entscheidungen. Das ist bei Vertragsverhandlungen enorm wichtig, zum Beispiel, ob Sie viel oder wenig Gehalt fordern. Sie setzen damit einen Anker. Das gilt auch für Strafverfahren. Staatsanwälte nutzen dies häufig in ihren Plädoyers, um ein gewisses Strafmaß zu erreichen. Das ist ein sehr wirksamer Mechanismus. Selbst wenn Sie Verhandlungsprofis auf diesen Anker-effekt hinweisen, sind sie nicht imstande diesen zu konterkarieren. Dieser ist so fest verankert, dass man hier kaum entgegenwirken kann.

Deswegen ist es so wichtig, sich auf anderen Wegen klarzumachen, wie stark digitale Formate Effekte für Entscheidungen triggern und auch stärken können, vor allem wenn wir über Resilienz einer digitalisierten Gesellschaft sprechen. Wir sind diesen Mechanismen überall ausgesetzt: Bestimmte Angebote sollen uns in die Situation bringen, dass wir bestimmte Dinge konsumieren, dass wir bestimmte Dinge tun, weiterdenken, weitergeben etc.

Scheithauer: *Herr Kreye, wollen Sie hier direkt auf das eingehen, was Frau Spiecker gesagt hat?*

Andrian Kreye: Ja, ich möchte dabei auch ein Stück zurückgehen, weil ich das Modell vom zielgerichteten Träumen sehr interessant finde. Aus meiner Sicht kann diese Idee vom zielgerichteten Träumen genau diesen Mechanismus, diesen Ankereffekt, überwinden, weil es bestimmte Dinge freisetzt. Das Schwierige an den sozialen Medien, finde ich, ist, dass sie zum einen den Kontext auflösen. Wir bekommen Nachrichten gleichsam nur noch in einem Strahl mit und das pulverisiert gleichzeitig unsere Aufmerksamkeit. Das liegt auch im bewusst gewählten Design sozialer Medien. Hier hätte ich eine Frage an Viktor Mayer-Schönberger, der einen sehr belebenden Vortrag gehalten hat, ob nicht schon das Design die Denkmuster verhärtet. Denn dieses schlicht scheinende Design eines Informationsstrahls, der sich so einfach durchscrollen lässt, lässt doch die Fähigkeit für zielgerichtetes Träumen noch mehr verkümmern.

Mayer-Schönberger: Das halte ich durchaus für möglich. Das sind genau die Fragen, die wir uns stellen müssen, wenn wir an ein Regulierungskonzept denken, das diese gedanklichen Modelle mit einbezieht. Ich

„Elon Musk hat Twitter aus einer Laune und nicht aufgrund einer Vision gekauft.“

denke eben, dass wir zu kurz greifen, wenn wir nur auf Information, auf Fehlinformation reagieren.

Scheithauer: *Frau Spiecker nickt auch. Was tun, Frau Spiecker? Was wären die regulatorischen Ansätze?*

Spiecker: Wenn es so einfach wäre, wären wir längst so weit, dass wir das reguliert hätten. Ich halte es zwar für richtig zu sagen, dass Falschinformation Teil eines Problems ist. Aber es gibt keine einfache, digital unproblematisch umsetzbare 1:0 Information, weil vieles nicht nur kontext-, sondern auch bewertungsabhängig ist, beispielsweise, wen wir sympathisch finden. Oder der eine mag sich von dieser Veranstaltung an Vortrag X erinnern und jemand anderes wiederum an Y. Das muss in die Rezeption und Weitergabe von Informationen integriert werden.

Damit eng verbunden: Als Gesellschaft sind wir in eine Entwicklung hineingeraten, in der wir den demokratischen und damit auch streitbaren Diskurs nicht konsequent leben und oftmals nicht mehr akzeptieren. Wir haben das bei den Impffragen erlebt, wir erleben das bei der AfD-Kommunikation. Wir haben fast alle in unserem Bekanntenkreis jemanden, der Corona leugnet, und wir flüchten uns häufig ins Schweigen. Das wird vorgelebt.

Gleichzeitig steigern wir die Anforderungen an das richtige Verhalten ins Unendliche, zum Beispiel gegenüber Politiker*innen oder Prominenten, dass sie immer alles richtig machen sollen, und zwar intuitiv und in jeder Lebenslage. Sonst sind sie unbarmherzig Bashing und Hassrede ausgesetzt. Das sind übersteigerte Maßstäbe, denen kaum jemand gerecht werden kann.

Wir brauchen Bildungskonzepte, mit denen wir den Diskurs einüben. Und die Kernfrage dabei ist, wie wir eine Gesellschaft schaffen, in der bestimmte historische Ereignisse und Totalkatastrophen, die auch durch Schweigen und Wegsehen entstanden sind, nicht mehr auftreten können. In der Stellungnahme der Leopoldina haben wir das die Zivilität des Diskurses genannt, und gemeint ist damit eine streitbare Zivilität. Das heißt auch: Dissens aushalten. Wissenschaft lebt davon. Aber in der gesellschaftlichen Debatte versuchen wir – das ist ein psychologisches Phänomen –, die Gleichheit zu betonen, nach dem Motto „Gleich und Gleich gesellt sich gerne“. Das ist eine Vorgehensweise, die, wenn sie ins Schweigen führt und wir der anderen Ansicht nichts entgegensetzen, enorm viel an demokratisch wichtigem Austausch nimmt und damit Demokratie gefährdet.

Das Zweite ist meines Erachtens, dass wir aufhören müssen, die digitalen Plattformen als neutrale Dienst-

leister zu begreifen. Das sind sie nicht. Wir haben gerade gestern auf europäischer Ebene den „Digital Services Act“ unter Dach und Fach gebracht, der damit ein gehöriges Stück aufräumt. Aber es ändert nichts daran, dass es die meisten eher gleichgültig lässt, dass Elon Musk Twitter übernimmt.

Wir brauchen rechtliche Rahmenbedingungen, die die Nutzbarkeit dieser Dienste tatsächlich auch einfach und sicher machen. Auch das ist nichts, wo die digitale Welt völlig neue Konzepte erfinden muss, den regulatorischen Ansatz haben wir schon lange. So müssen Allgemeine Geschäftsbedingungen so ausgestaltet sein, dass ich als Nutzerin weiß, dass und wie ich mich gegen Mängel, wenn sie auftreten, wehren kann. Das ist einigermaßen effektiv, die Gerichte sind neutral und setzen das auch durch. Allein aus der Existenz eines solchen Mechanismus folgt eine Menge an Schutz vor Mängeln. Aber das setzt für den digitalen Bereich einen ersten Aktivitätsschub voraus und der heißt, sich von dem Bild zu trennen, digitale Plattformen seien neutral und müssten nicht reguliert werden.

Scheithauer: *Ja, das ist auch eine Änderung des Denkmodells. Lassen Sie uns jetzt Andrian Kreye fragen, was aus seiner Sicht die angekündigte Übernahme von Twitter durch Elon Musk bedeutet.*

Kreye: Es gibt mehrere große und verschiedene kleine Probleme. Das eine große Problem ist, dass jede Plattform von einem einzelnen Mann geführt wird. Und es sind immer Männer. Die kommen in Schwierigkeiten, weil sie die Maschinen, die sie konstruiert haben oder übernehmen, gar nicht mehr kontrollieren können. Wir hatten Einblick in die Facebook Files, mit denen die ehemalige Facebook-Mitarbeiterin Frances Haugen öffentlich gemacht hat, was alles nicht funktioniert. Das Erschreckendste daran waren nicht die einzelnen Geschichten, sondern dass da ein Apparat entstanden ist, über den niemand mehr Kontrolle hat. Wenn irgendjemand links etwas Richtiges tut, geht rechts etwas schief und wenn jemand rechts etwas reguliert, geht es links wieder schief. Keiner weiß, wie es zusammenhängt. Das ist das eine Problem.

Das andere Problem ist, dass Elon Musk einer dieser launischen Milliardäre ist, die gerne in den Himmel schauen, gerne ins Weltall fliegen, mal dies, mal das tun. Dann pöbelt er Trump-mäßig auf Twitter herum und betrachtet das alles als Spiel. Er hat Twitter aus einer Laune und nicht aufgrund einer Vision gekauft. Sein Bild der digitalen Welt steckt zum einen tief im 20. Jahrhundert, in den 90er Jahren. Er geht immer noch davon aus, dass die Schreihalsmaschine Internet vor allem Freiheitsbewegungen und Gerechtigkeit fördern

wird. Aber das ist einfach nicht mehr so, weil sich die digitale Welt geändert hat.

Zum anderen ist er ein Libertärer. Das versteckt er gerne hinter seinem charmanten Spitzbuben-Auftreten. Die Libertäre haben einen Freiheits- und Gerechtigkeitsbegriff, der so nicht funktioniert, weil er ein Idealbild vom homo oeconomicus hat, das in der Regel dazu führt, dass es bestimmte Faustrecht-Mechanismen gibt. Das ist der Anfang, warum ich glaube, dass es ein Problem ist. Vielleicht täuschen wir uns, und er wird der große Reformator der Medien. Aber alles, was er bisher gesagt hat, deutet nicht darauf hin, sondern dass er über Twitter die sozialen Medien eher in einen Rückschritt bringt.

Scheithauer: *Danke schön, das war sicherlich die Kurzform Ihres Kommentars von morgen, Andrian Kreye. Viktor Mayer-Schönberger, was müssen wir bei Unkontrolliertheit der Plattformen neu denken?*

Mayer-Schönberger: Ich zögere ein bisschen mit der Antwort, weil mir durch den Kopf geht, dass wir doch wohl in unseren eigenen Denkmodellen hängen geblieben sind. Wir bleiben in unseren ausgetretenen Pfaden. Das kann ich gut nachvollziehen, das geht mir auch so. Ich bleibe auch am liebsten dort, wo ich mich gedanklich wohlfühle, deswegen ist es auch mit Arbeit, mit Aufwand, mit Energie verbunden, aus einem Modell herauszutreten und das Modell weg zu pushen.

Wenn ich mir jetzt überlegen würde, wie wir Plattformen monopolistischer Art einfangen wollten, dann habe ich sofort die sieben Antworten im Kopf, die ich schon lange hatte. Ich versuche mich gerade zu zwingen aus dem herauszutreten und zu fragen „ist das wirklich so?“

Diese Frage habe ich mir in den vergangenen Tagen gestellt, weil ich ein phantastisches Buch zur Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika gelesen habe. Dabei ist mir klar geworden, dass es vieles, was wir heute als Problem erkennen – wie zum Beispiel den Populismus –, in den Vereinigten Staaten im 18. und 19. Jahrhundert schon gegeben hat. So war der Populismus mehrheitsfähig in diesem Land in einer Form, die uns heute völlig abschrecken würde.

Das hat mir aber auch gezeigt, dass das Glas der gesellschaftlichen Entwicklung nicht immer nur halb leer, sondern zugleich auch halbvoll ist. Vielleicht fallen wir gar nicht zurück in eine Zeit, sondern haben schon immer mit diesen Problemen gehadert. Vielleicht ist das etwas, das der menschlichen Kondition inhärent ist.

„Wir müssen diesen Streit jeden Tag austragen. Und dann gibt es auch jeden Tag eine Chance, diesen zu gewinnen.“

Hannah Arendt nannte es „human condition“. Dann sehe ich da eine echte Chance. Wenn es nämlich „human condition“ ist, dann müssen wir diesen Diskurs, diesen Streit jeden Tag austragen. Und dann gibt es auch jeden Tag eine Chance, diesen zu gewinnen.

Scheithauer: *Ja, aber es gibt trotzdem Machtstrukturen.*

Mayer-Schönberger: Natürlich, aber dann müssen wir diese Machtstrukturen auch eindämmen. Ich glaube aber, die Hydra steht wieder auf, wenn wir die Machtstrukturen bloß zerschlagen, ohne die darunter liegende Dynamik anzugehen. Wir haben das an AT&T gesehen. AT&T wurden in den 1980er Jahren zerschlagen, und heute ist AT&T größer als je zuvor, weil wir die darunter liegende Dynamik nicht angegangen sind.

Scheithauer: *Wie machen wir das? Gibt es Hilfe von Indra Spiecker, Andrian Kreye oder Aylene Heller?*

Heller: Ja, ich würde mich tatsächlich mal einschalten. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir auch auf psychischer Ebene sehen. Das sind psychische Strukturen, die haben wir alle. Wir wollen die Komplexität nicht aushalten. Wir wollen die einfachen Antworten. Wir wollen das Schwarz-Weiß, weil dies weniger anstrengend ist. Es sind die einfachen Lösungen, die deshalb so attraktiv sind. Ich glaube, was es auch braucht, ist, Schwäche zeigen zu können, also in der Gesellschaft sagen zu können, ich habe die Lösung nicht, ich habe die Antwort nicht. Ich brauche einen Moment darüber nachzudenken. Ich fand das großartig, Viktor Mayer-Schönberger, dass Sie eben innegehalten und gesagt haben „ich muss mal einen Moment nachdenken“.

Ich kann nicht auf Anhieb die richtige Antwort auf ein komplexes Problem produzieren und die Forderung, das immer zu können, ist an sich schon falsch. Wir brauchen eine Gesellschaft, die Schwäche und Emotionalität zulässt und dies nicht gleich als Manko kritisiert. Hannah Arendt sagt das auch, es braucht die Emotionalität, um auf den anderen eingehen zu können.

Spiecker: Ich würde das sofort für mich – privat – unterschreiben. Nun sitze ich aber hier, weil ich einen öffentlich-rechtlichen Lehrstuhl habe und darüber nachdenke, wie wir Staatlichkeit beeinflussen und gestalten müssen, damit eine Gesellschaft demokratisch, freiheitsliebend und sich selbst verstärkend sein kann. Genau da möchte ich ansetzen. Wir haben durch das Recht Instrumente, wie wir wünschenswerte Komplexität produzieren können, und diese setzen wir auch ein. Zum Beispiel,

„Wir wollen die einfachen Antworten. Wir wollen das Schwarz-Weiß, weil dies weniger anstrengend ist.“

dass wir bei einem Gerichtsverfahren den Durchlauf durch bestimmte Stufen voraussetzen: dass ich Klage erheben muss, die ich begründen muss, dass ich ein bestimmtes Repertoire an Beweismitteln habe. Wir versuchen bestimmte Hürden zu schaffen, damit das einfache Schwarz-Weiß-Muster nicht greifen kann. Das gilt auch für staatliche Entscheidungen – eben wurde die Zerschlagung von AT&T angesprochen. Risiken und Nebenwirkungen von Entscheidungen gehören dazu, also Fehler. Auch staatlichem Handeln können Fehler unterlaufen.

Wichtig ist, dass ich erstens keine Pfadabhängigkeiten schaffe. Das heißt, dass ich die Möglichkeit habe, aus Fehlern zu lernen. Zweitens, dass ich ein beständiges Monitoring vornehme. Wenn AT&T jetzt in gewisser Weise wieder eine Krake ist, kann man darauf frühzeitig reagieren, wenn man das konsequent die ganze Zeit beobachtet.

Auch wir haben sehr starke ehemalige Monopolisten im Bereich des Telekommunikationsrechts in Europa, also nicht nur in Deutschland. Wenn man sich die Wettbewerber anschaut, sind das häufig diejenigen, die ehemals Staatsunternehmen in diesem Bereich waren.

Spiros Simitis, der große Datenschutzrechtler aus Frankfurt, war ein Freund der sogenannten „Sunset Legislation“, also des Prinzips, Gesetze mit einer definierten Gültigkeitsdauer zu versehen. Das machen wir, aber es bringt nichts, wenn das Monitoring nicht konsequent durchgeführt wird. Dann fällt irgendjemandem zwei Wochen vor Toresschluss ein, das müssen wir schnell noch durchbringen, und das Gesetz wird verlängert. Da weichen wir der Komplexität aus, anstatt sie verständlich, nachvollziehbar und transparent zu machen.

Die Corona-Bewältigung ist genau das Gegenteil von dem, wie man mit Unsicherheit umgehen sollte. Man geht nicht hin und benennt nur die Unsicherheit, sondern lernt aus der Unsicherheit und schafft Strukturen, mit der Unsicherheit umzugehen, anstatt sich von einem Schnellschuss in den nächsten zu retten.

Scheithauer: *Herr Kreye greifen Sie das doch bitte auf, was Frau Spiecker zum Punkt Regulierungsansätze gesagt hat. Was tun?*

Kreye: Vielleicht muss man vorher noch überlegen, ob die Denkansätze nicht auch noch einmal überdacht und reformiert werden müssen. Gerade die sozialen Medien erfordern ein Systemdenken, das uns nicht angeboren ist. Wir denken gerne in drei Akten von A nach B nach C, und möglichst sollte sich bei C alles in Wohlgefallen auflösen.

So funktionieren die sozialen Medien nicht. Ich glaube, die Zeit des linearen Denkens ist seit März 2020 vorbei. Da begann das Zeitalter der Multi-Krisen, und man fing an darüber nachzudenken, was hängt wie zusammen. Wo hängen die Pandemien mit der Klimaerwärmung zusammen? Jetzt muss man darüber nachdenken, wie hängt dieser Krieg mit Klimaerwärmung zusammen, wie hängen Rohstoffe, Energie – wie hängt all dieses zusammen.

So funktionieren auch die sozialen Medien, wie es sich zeigt. Diese Unkontrollierbarkeit ist so etwas wie der Zauberlehrling, der Dinge in den sozialen Medien freigesetzt hat, die er nicht mehr stoppen kann. Das macht es für jemand so schwierig, der sehr schlicht und linear denkt und in dem Fall, aber nicht immer, wie Elon Musk glaubt, er allein muss das reformieren und regeln.

Ich glaube, das systemische Denken beginnt auch damit, dass man Denksysteme aufbauen kann, also Kollektive, die es gemeinsam angehen. Sie haben vorhin gesagt, Diversität ist ein wichtiger Faktor. Da wiederum muss man schauen, ob dieser Mechanismus der sozialen Medien in den zurückliegenden zehn Jahren die gemeinsame Basis für das gemeinsame Denken nicht erodiert hat. Haben wir denn noch eine gemeinsame Grundlage von Fakten, auf deren Basis wir streiten können? Das ist, glaube ich, auch eine große Frage, der wir uns derzeit stellen müssen.

Mayer-Schönberger: Ich habe diesbezüglich eine Datenanalyse gemacht, was die amerikanische Kultur betrifft, insbesondere im Rechtsbereich. Es wäre jetzt zu kompliziert, die Details darzulegen, aber im Wesentlichen haben wir uns Gerichtsurteile angeschaut, und zwar alle Gerichtsurteile des amerikanischen Höchstgerichts. Wir sind dabei zu der Erkenntnis gekommen, dass es die Polarisierung, über die wir heute sprechen, „Red States“ und „Blue States“, seit vielen Jahrzehnten gibt. Das ist kein Ergebnis der letzten 10, 20 oder 25 Jahre.

Das bringt mich auch wieder zu dem zurück, was Aylene Heller gesagt hat, dass es vielleicht tief in uns verwurzelt ist, nicht nur, in Modellen zu denken, sondern einfachen Modellen nachzuhängen. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir sind Maschinen, nein Lebewesen, die mit Standardsituationen konfrontiert werden und darauf schnelle Antworten finden müssen, insofern sind wir auch evolutiv darauf getrimmt, Standard-Antworten zu nutzen. Das Problem, das wir heute haben, besteht darin, dass wir in einer Welt leben, in der die Herausforderungen so dramatisch geworden sind, dass die Standard-Antworten nicht mehr funktionieren. Dieses Spannungsfeld zwischen der Standard-Antwort

und der Herausforderung der faktischen Welt auf der anderen Seite versuchen wir irgendwie zu überbrücken; damit tun wir uns schwer.

Scheithauer: *Dann noch verstärkt durch die Mechanismen der digitalen Kommunikation, die anders funktioniert.*

Mayer-Schönberger: So ist es, weil die Mechanismen aus den sozialen Netzwerken aus einer Zeit der Stabilität stammen und auch eine Zeit der Stabilität vorgaukeln.

Scheithauer: *Frau Heller, gemeinsames Denken, gemeinsame Fakten, Andrian Kreye hat das eben nochmal angesprochen, was ist denn noch an gemeinsamen Fakten vorhanden? Gibt es hier Befunde aus ihrer Leipziger Studie?*

Heller: Was mir als allererstes in den Kopf gekommen ist zu dem, was Sie zur Kontinuität über die Zeit hinweg gesagt haben, ist, dass wir mit über 20 Jahre Studien etwas zur Kontinuität sagen können und es tatsächlich die Kontinuität in geschlossenen rechtsextremen Weltbildern gibt, so wie wir sie benennen. Wir haben hier verschiedene Dimensionen, die wir uns anschauen. Aber was wir auch sehen, ist, dass es eine Krisensensibilität gibt. Es ist so, dass es in „unsicheren Zeiten“, beispielsweise 2008 nach der Bankenkrise, einen Anstieg in rechtsextremen Denkmustern gibt.

Interessanterweise haben wir aber auch in 2020 im Vergleich zu 2018 insgesamt einen Rückgang in rechtsextremen Einstellungen gesehen, wenn wir uns Gesamtdeutschland anschauen. Wenn wir das aber aufteilen und uns Ost- und Westdeutschland gesondert anschauen, haben wir einen signifikanten Anstieg in Ostdeutschland. Das heißt, es gibt immer noch Konfliktlinien, die noch offen sind und neu dazu kommen.

Dann müssen wir uns überlegen, warum gerade dort? Ist das historisch aufgrund der deutschen Teilung bedingt oder hat das auch was mit Transformationsprozessen, mit benachteiligten Regionen, mit benachteiligten Personen zu tun? Personen, die vielleicht gar nicht den Zugang zu dem, was Sie so schön gesagt haben, dem zielgerichteten Träumen haben. Das ist vielleicht eine Personengruppe, die kann nicht ins Theater gehen, um sich dort zu entfalten. Das ist für sie vielleicht gar nicht Teil ihres Inventariums. Wir müssen schauen, wo laufen die Linien, was sind die Konfliktlinien, welche sind die kontinuierlichen und welche kommen durch die neue Zeit hinzu.

„Die Unkontrollierbarkeit ist wie der Zauberlehrling, der Dinge in den sozialen Medien freigesetzt hat, die er nicht mehr stoppen kann.“

Scheithauer: *Gibt es eine Reaktion aus dem Online-Publikum, die wir hören sollten?*

Steen: Ich glaube schon. Jörg. Dechert, Vorstandsvorsitzender ERF Medien e.V., fragt: Sind pluralistische Gesellschaften überhaupt noch von Vorteil, weil sie leichter Modellwechsel, Vielfalt generieren als Autokratien oder überwiegt der Nachteil, weil man sich als Gesellschaft erst mal auf ein Modell einigen muss?

Scheithauer: *Frau Spiecker, würden Sie auf die Frage eingehen?*

Spiecker: Wir haben mit Wolfgang Merkel einen renommierten Demokratieforscher hier, dem man diese Frage stellen müsste. Aus juristischer und staatsrechtlicher Sicht müsste die Demokratie das überlegene Modell sein, weil sie schneller und innovativer reagieren kann. Das sieht man vielleicht jetzt auch bei Corona. Das Zero-Covid-Konzept war anfänglich durchaus erfolgreich; es ist jetzt, weil es an die zeitliche Entwicklung nicht angepasst wurde, eher unglücklich, um es vorsichtig zu formulieren.

Alle totalitären Gesellschaften haben eine hohe Anpassungsfähigkeit, zeigen eine große Resilienz der Bevölkerung. Selbst in dem schlimmsten totalitären System arrangieren sich die Menschen, nicht unbedingt in der Form von Mitläufer*innen und dass sie sich mit dem Regime identifizieren. Sie haben ein Problem kognitiver Dissonanz auszuhalten, also Intrinsisches und Extrinsisches voneinander zu trennen. Das ist psychologisch belegt. Das macht zum Beispiel den Widerstand so schwierig. Je länger man in einer solchen Gesellschaft lebt, umso mehr macht man sie zu eigen, umso mehr nimmt man die Narrative eines autokratischen Systems an. Und dazu gehört auch, dass man keine anderen Narrative kennt. Womit wir wieder bei unserem Thema der Informationen, Weltbilder, Denkmodelle sind.

Insofern würde ich die Frage, ob es die Modellvielfalt leicht macht, Fake News voranzubringen und Pseudowissenschaften aufzubauen, mit „Ja“ beantworten.

Das ist ein Bildungsproblem. Wir müssen das aushalten, und wir müssen Handreichungen haben für den Diskurs. Ein Beispiel: Einsteins Relativitätstheorie kann ich nicht nachvollziehen, aber ich habe Reputationssysteme, denen ich glaube. So hat ein Nobelpreis für mich eine gewisse Wichtigkeit und Aussagefähigkeit, dass es eine gesamte Forschungslandschaft gibt, die dem nachforscht. Das sind Faktoren, mit denen man arbeiten kann. Man muss nicht alles kognitiv nachvollziehen

können, um Fake News und Verschwörungstheorien etwas entgegenzusetzen.

„Man muss nicht alles kognitiv nachvollziehen können, um Fake News und Verschwörungstheorien etwas entgegenzusetzen.“

Jens Best, Frankfurter Institut für digitalen Wandel (aus dem Auditorium):

Andrian Kreye sagte, wir denken immer noch in drei Akten von A nach B nach C. Das ist immer noch existent, aber wenn man die heutigen Narrative vom Sehen oder von Games kennt, weiß man, dass die Komplexität des Erzählens durchaus

bei vielen, die es benutzen, dazu geführt hat, dass sie mit dieser Komplexität zurechtkommen und diese in den Alltag und die normalen Prozesse herunterbrechen können.

Ich finde es schade, dass wir heute wieder zu 90 Prozent das Problem beschreiben und dann kurz so etwas in den Raum werfen wie „Pluralismus!“ und den Appell „Wir müssen mehr Denkmodelle zulassen“. Ja richtig! Aber es wäre schön gewesen, das in zwei Sätzen abzuhandeln und dann darüber zu sprechen. Zeitenwende heißt nicht nur, zwanzig Jahre Politik zu überdenken. Francis Fukuyama hat vor 32 Jahren auch schon erkannt, dass dies noch nicht das Ende der Geschichte war. Wir haben 32 Jahre lang die letzte Ideologie des letzten Jahrhunderts wüten lassen, anstatt uns von dieser Ideologie zu befreien, anstatt uns zu überlegen, wie sieht eine resiliente souveräne Gesellschaft aus?

Digitale Souveränität ist nicht nur etwas für Nerds, sondern digitale Souveränität ist durchaus etwas, was die Gesellschaft, was ein Individuum, was die Politik lernen kann. Wenn wir digital souverän werden wollen, müssen wir nicht den US-Amerikanern oder Chinesen hinterherlaufen. Es liegen dezentrale Möglichkeiten vor, die Digitalisierung für die Demokratie zu verwenden. Wenn wir es aber immer noch so machen, dass wir gleichzeitig die politische Bildung schleifen lassen, können wir die Computer auch in die Tonne werfen.

Menschen politisch demokratisch zu bilden, wie es bereits gesagt wurde, damit muss man im Kindergarten bereits anfangen. Das heißt, das Problem weiterhin zu bestaunen und nicht zu handeln, ist falsch. Jetzt handeln und bitte keine akademischen Vorträge mehr über das Problem, sondern die Lösungsvorschläge auf den Tisch legen und endlich umsetzen.

Scheithauer: *Danke für den Kommentar. Ich habe dem den Appell „Tut was!“ entnommen. Andrian Kreye, ich würde Sie um eine Schlussbetrachtung bitten, in der Sie sagen, was tun wir sinnvollerweise als Nächstes.*

Kreye: Mit einem Wort wäre es „weitermachen!“ Ich glaube, an den Idealen, für die wir über 200 Jahre

gekämpft haben, festzuhalten, ist nichts verkehrt, auch wenn es Widerstand gibt. Wenn man sich die Abstimmung der UN-Generalversammlung Anfang März über die Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine anschaut, sehen wir umgerechnet auf die Weltbevölkerung große Widerstände. Denn mit China und Indien, den beiden Bevölkerungsriesen, haben sich 33 weitere Staaten enthalten. Herr Best hat durchaus recht, bei den Lösungsvorschlägen und Ausblicken haben wir im Rahmen der Problembetrachtung etwas zu kurz gegriffen. Es gibt natürlich digitale Möglichkeiten gerade im Journalismus, die phantastisch sind, die neue Horizonte, neue Möglichkeiten eröffnen. Ich glaube, als aufgeklärte, dem Rechtsstaat verpflichtete Menschen sehen wir die Wege, auf denen wir weitergehen können und müssen, auch wenn es immer anstrengender wird.

Scheithauer: *Viktor Mayer-Schönberger signalisiert Zustimmung. Ayline Heller auch.*

Heller: Ich kann mich dem nur anschließen.

Scheithauer: *Wir tun etwas! Wir brechen das Schweigen! Der Appell in Richtung Zivilität ist: Mischt euch ein! Steht auf! Diskutiert und denkt! So ist die kurze Zusammenfassung, mit der ich Sie in die Pause entlasse. Vielen Dank für diese Runde!*

*

Ingrid Scheithauer ist Journalistin und Medienberaterin. Sie organisiert das LPR-Forum Medienzukunft.

Ayline Heller ist Sozialpsychologin und Co-Autorin der Leipziger Autoritarismus-Studie 2022.

Andrian Kreye ist Autor und Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“.

Indra Spiecker, genannt Döhmman, ist Professorin für Öffentliches Recht, Informationsrecht, Umweltrecht und Verwaltungswissenschaft an der Universität Frankfurt.

■

„Journalismus braucht Rückgrat“

Alexandra Borchardt über den Umgang mit Krisen

epd Das Wort Haltung im Journalismus ist in Misskredit geraten. Zu Unrecht, wie ich finde. Dabei ist es nicht nur ein schönes deutsches Wort, das wir auch mit „Rückgrat“ umschreiben und für das es im Englischen keine wirklich passende Entsprechung gibt. Plädiert man für Haltung, bekommt man dieser Tage oft leicht abfällige Reaktionen, die das Thema wegwischen wollen, als ob es irgendeinen Journalismus gäbe, der neutral und über jeden Zweifel erhaben wäre.

Was die Kritiker bemängeln, ist wohl eine Art von Aktivismus im Journalismus, über den man in der Tat trefflich streiten kann. Vielleicht zielt die Kritik gegen Haltung im Journalismus auch auf den Meinungsjournalismus. Dabei ist Meinung genau das Gegenteil von Haltung. Ich kann eine Meinung haben, die ich morgen ändern kann; das ist nicht immer schlecht, denn neue Erkenntnisse können zu neuen Bewertungen führen. Aber das hat nichts mit Haltung zu tun, die bleibt stabil.

„Von Krise zu Krise“

Was ist die Haltung? Und was hat die Haltung mit Krisen zu tun? Die philippinische Journalistin Maria Ressa, Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2021, ist für mich ein *Role Model* dafür, sie beeindruckt in ihrer journalistischen Arbeit mit ihrer Haltung. Maria Ressa hat in ihrem Heimatland ein digitales Nachrichtenunternehmen gegründet, „Rappler.com“. Auf den Philippinen gibt es den Luxus nicht, den wir lange hatten, dass nach einer Krise die Welt wieder in Ordnung ist und dann irgendwann die nächste Krise kommt. Dort herrscht permanent Krise, die Journalisten dort müssen Haltung zeigen, um damit umzugehen.

Wir hier, Journalisten und auch das Publikum, erfahren jetzt, wie es ist, gar nicht mehr zu wissen, um welche Krise wir uns zuerst kümmern sollen. Wir haben hier, man könnte sagen, drei K-Laute: Covid, Krieg, Klimawandel. Und alles zugleich.

Ist der Journalismus dem überhaupt gewachsen? Das ist gar nicht so einfach zu beantworten, denn unser Journalismus war es bislang gewöhnt, von Krise zu Krise zu stürzen. Jeden Tag wurde eine neue Sau durchs Dorf getrieben, dazwischen haben wir uns mit Themen beschäftigt, die scheinbar keine große Haltung brauchen, Fußball zum Beispiel. Die Frage, ob der Journalismus den sich überlagernden, gleichzeitig auftretenden und einander bedingenden Krisen gewachsen ist, können wir noch nicht beantworten.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begann am 24. Februar; was der Journalismus damit macht, wissen wir noch nicht so genau. Dazu gibt es noch keine Forschung. Journalismus und Klimawandel hingegen sind ein schwieriges Thema, das es schon sehr lange gibt, trotzdem wurde es bislang kaum erforscht. Die globale Erwärmung ist eine Dauerkrise, aber kein Ereignis, das den bisher üblichen journalistischen Krisen-Kriterien entspricht.

Im Fall Covid-19 hingegen wissen wir etwas mehr. Wir wissen, dass der Journalismus an Vertrauen gewonnen hat. Das mag überraschen, zumal – auch hier – viel vom Vertrauensverlust die Rede war. Doch im vergangenen Jahr ist genau das Gegenteil passiert.

Der Digital News Report des Reuters Institute for the Study of Journalism an der Universität Oxford basiert auf der weltweit größten fortlaufenden Untersuchung des Medienkonsums, eine digitale Umfrage rund um den Globus. Und er zeigt, dass während der Pandemie das Vertrauen in die Medien fast überall gestiegen ist, im weltweiten Durchschnitt um sechs Prozentpunkte. Das ist nach Jahren, in denen es mit dem Vertrauen in Medien immer weiter bergab ging, eine gute Nachricht.

„Medien sind wieder gefragt“

Medienunternehmen, die ich bei der digitalen Transformation berate, berichten mir von einem wachsenden Interesse ihres Publikums an ihren Informationsangeboten und steigenden Abo-Zahlen. Medien sind wieder gefragt, auch bei jungen Menschen. Während das Vertrauen in die traditionellen Medien gestiegen ist, bleibt es mit Blick auf die sozialen Netzwerke gleichbleibend niedrig. Nur jeder Vierte zeigt Vertrauen, die anderen haben eine gesunde Skepsis, kann man sagen.

Zwar wurde die Covid-Berichterstattung viel kritisiert, den Medien wurde von unkritischer Haltung, Anpassung, Hysterie und Verharmlosung so ziemlich alles vorgeworfen. Das Publikum sieht es anders. Eine große Studie, gefördert von der Rudolf-Augstein-Stiftung, durchgeführt von Kommunikationswissenschaftlern der Mainzer und Münchner Universität, zeigt, dass die meisten Leute ganz zufrieden sind mit der Qualität der Pandemie-Berichterstattung. Sie halten sie für verständlich, vollständig, glaubwürdig.

Lediglich in der ersten Welle, also im März 2020, fand ein größerer Prozentsatz der Befragten die Berichterstat-

tung hysterisch, ein Jahr später hielten sie sie jedoch für deutlich angemessener. Der Anteil der Unzufriedenen belief sich im Schnitt auf ein Fünftel oder sogar etwas weniger, die anderen 80 Prozent zeigten sich recht zufrieden.

Was heißt das? Ist damit alles in Ordnung? Ganz so ist es doch nicht. Die Nutzerforschung des Digital News Reports 2019 zeigt ein differenziertes Bild. Gefragt, worin der Journalismus gut sei, sprachen die meisten Leute den Medien bei aktuellen Themen große Kompetenz zu. Hier sagen mehr als 60 Prozent „ich weiß immer, was los ist“, „ich fühle mich gut informiert“.

Bei der Frage, ob die Themen, die die Medien wählten, relevant für sie seien, stimmte jedoch weniger als ein Drittel der Befragten zu. Und bei der Frage, ob die Medien den richtigen Ton fänden, um sie anzusprechen, sieht es noch düsterer aus. Nur 16 Prozent fühlen sich abgeholt, während fast 40 Prozent sagen, dass die Nachrichtenmedien nicht den richtigen Ton trafen. Was heißt das? Sind das vielleicht nur die bildungsbürgerlich Aufgewachsenen, die den Ton angemessen finden, während er für die anderen zu abgehoben ist? Was mögen die Leute damit gemeint haben?

„Dauer-Fokus auf das Negative“

Was sie auf jeden Fall gemeint haben, ist, wie 39 Prozent der Befragten angeben, dass ihnen die Berichterstattung zu negativ ist. Für viele Menschen entspricht das Bild, das die Medien zeichnen, nicht unbedingt ihrer Lebenswirklichkeit. Vielmehr leben sie in einer intakten Nachbarschaft, die hilfsbereit ist, viele engagieren sich ehrenamtlich, sie gehen jeden Tag zur Arbeit, ohne dass sie von rücksichtslosen Rasern umgefahren werden.

Es geht also unglaublich vieles glatt in dieser Welt, wenn nicht gerade Krieg ist. In den Medien findet sich das jedoch nicht wieder, das wird nicht abgebildet. Der Dauer-Fokus auf das Negative macht vielen Leuten zu schaffen.

Die Folge: Ein Drittel gibt an, Nachrichten oft zu meiden. Und fast ebenso viele sagen, die Nachrichtenfülle erschöpfe sie. Es ist zu viel desselben. Man schaltet durch die Sender, man schaut auf Social Media, man schaut sich die Zeitungen an – immer dieselben Meldungen. Niemand, der in diesen Tagen gerade nicht mit Elon Musk und Twitter auf Seite 1 ist oder das Programm startet. Dabei sind auf Twitter vor allem Journalisten, Politiker und Wissenschaftler unterwegs, eine kleine Minderheit. Der Mehrheit jedoch ist Twitter egal, vielleicht wissen sie gar nicht, was das ist.

Müssen wir mit einem Thema auf allen Kanälen trommeln, das am nächsten Tag schon wieder weg ist? Die Folge ist, dass rund ein Drittel der Befragten bewusst einen Bogen um Journalismus macht. Diese Daten laufen über die Jahre durch. Und vielleicht beobachten Sie an sich selbst, dass auch Sie nur eine gewisse Menge an Informationen über den Krieg in der Ukraine ertragen können. Mir geht es jedenfalls so.

News Avoidance ist jedenfalls ein gravierenderes Problem als fehlendes Vertrauen. Gerade bei den Jungen ist schon jeder Zweite ein Nachrichtenmuffel. Das kann in Krisen eine Frage des Überlebens sein. Wer zum Beispiel in der Ukraine lebte und die Warnungen vor einem möglichen russischen Angriff nicht mitbekommen hatte, der hatte vermutlich weder seine Koffer gepackt noch sich Vorräte angeschafft. Diejenigen, die vorgewarnt waren, waren dagegen vermutlich als Erste im Auto. Es kann auch in der Pandemie um Leben und Tod gehen und für die dritte große Krise, den Klimawandel, gilt: Wer nicht informiert ist, verhält sich falsch. Das trägt dazu bei, dass es möglicherweise nicht gut ausgeht.

Sind Krisen gut für den Journalismus, weil sie Aufmerksamkeit auf sich ziehen? Für viele Redaktionen lief es im vergangenen Jahr dank der Pandemie gut. In den USA hat die Präsidentschaft Donald Trumps die Abozahlen für manche Medien steigen lassen, dem investigativen Journalismus Auftrieb gegeben. Mit dem Einzug Joe Bidens ins Weiße Haus wurde es ruhiger, so dass sich gerade die großen US-Blätter fragen mussten, was machen wir jetzt?

„Ein schleichender Prozess“

Wie oft im Leben ist es so – teils, teils. Jede Krise hat ihre jeweils eigenen Herausforderungen. So hat die Pandemie dafür gesorgt, dass die Leute die Medien wieder sehr viel mehr beachtet haben, weil sie sich Informationen dazu erhofft hatten, was sie tun oder lassen sollten. Die Erkenntnisse sind gewachsen und haben sich damit stetig verändert, was wiederum bei manchen zu großen Irritationen und zu der Frage geführt hat, was sie jetzt eigentlich glauben sollen. Aber Medien sind immer nur so gut wie die Umwelt, in der sie operieren. Das ist die große Herausforderung.

Im Krieg ist das große Thema die Angst. Viele Menschen schleppen ein Trauma mit sich herum. Ich erlebe das selbst in der Familie und im Umfeld. Ich bin in West-Berlin aufgewachsen und das heißt, dort hat man lange mit einer gewissen Bedrohung gelebt. Dazu kamen die Kriegsgeschichten meiner Großmütter. Das ist sicher vielen vertraut. Was machen Menschen, wenn sie Angst haben? Sie flüchten. Wie macht man Journalismus zu

diesem Thema, der nicht nur Angst macht, sondern dafür sorgt, dass die Leute sich trotzdem informieren?

Die dritte Krise, mit der wir es zu tun haben, ist die Klimakrise. Und sie ist möglicherweise schon deshalb die größte Krise, nicht nur wegen ihrer vielfältigen Implikationen, sondern weil sie ein schleichender Prozess ist. Berichtet wird derzeit viel über die Wege, wie man gegen die Klimaveränderung angeht, wie wir unsere Energiepolitik gestalten und so weiter. Das findet den Weg in die Nachrichten, aber das Phänomen als solches kommt nur zum Vorschein, wenn es größere Naturkatastrophen gibt.

Das Interesse der Leserinnen und Leser jenseits der Katastrophen ist messbar gering im Gegensatz zu dem, was immer beteuert wird. Auch wenn Umfragen ein Interesse am Klimawandel zeigen und vor allem junge Leute betonen, dass sie darüber mehr lesen, hören, sehen wollten, müssen Redaktionen feststellen, dass ihnen der Stoff nicht unbedingt abgenommen wird, zumindest nicht in jeder Form.

So unterschiedlich die drei genannten Krisen sind, sie haben auch Gemeinsamkeiten: Da ist erstens die Komplexität, die die Wirksamkeit von Strategien schwer abschätzbar macht. Viele Faktoren spielen eine Rolle; das macht es für die, die klare Antworten erwarten, schwierig. Auch für Journalistinnen und Journalisten, die den Anspruch haben, diese Antworten zu geben.

„Relative Homogenität“

Zweitens: Viele Redaktionen haben Kompetenzlücken. Das ist so, weil sie sehr homogen aufgestellt sind. Es fehlt eine Vielfalt an Professionen und eine Vielfalt an Erfahrungswerten. Die überwiegende Mehrheit der Journalisten hat einen geistes- oder sozialwissenschaftlichen Hintergrund, der Anteil der Naturwissenschaftler ist klein. Und auch von ihrer Herkunft mit einem gewissen Bildungshintergrund sind die meisten Menschen, die den Journalistenberuf ergreifen, einander eher ähnlich.

Die relative Homogenität der Redaktionen macht es schwer, auf neue Herausforderungen zu reagieren und zu erkennen, was die Themen für ihr Publikum oder für die verschiedenen Zielgruppen sind. Jemand, der mit 2.000 Euro im Monat auskommen muss, hat vermutlich andere Sorgen und Bedenken als jemand, bei dem es 5.000 Euro sind.

Dann ist da noch das Problem, dass man sich zwar Expertise einholen kann, indem man Fachleute fragt. Aber wie ist deren Kompetenz einzuschätzen? Woher weiß ich, dass sie wirklich qualifiziert und anerkannt sind? Und es stellt sich die Frage nach der Transparenz:

Gibt es Verbindungen zu industriellen Akteuren, bestehen Abhängigkeiten, sind sie wirklich unbefangen? Der Umgang mit Experten ist in jeder Krise schwierig.

Drittens. In jeder Krise gibt es hohen Erklärungsbedarf. Das gilt selbst für ein gebildetes Publikum. Einfach deshalb, weil man in einer bestimmten Zeit aufgewachsen ist, in der bestimmte Themen nicht auf der Tagesordnung standen. Als der Angriff auf die Ukraine begann, stellte sich für viele sicher die Frage, was ist eigentlich die Nato, was sind Abwehrsysteme, was bedeutet Zweitschlag-Kapazität? Wer nicht mit der Friedensbewegung aufgewachsen ist, hatte vermutlich hohen Erklärungsbedarf. Für Redaktionen heißt das, man muss erklären, ohne selbst Experte zu sein.

Und neben dem Erklärungsbedarf gibt es Gesprächsbedarf. Menschen haben Fragen. Ich berate lokale Medien und die sehen sich oft gar nicht in der Lage, beispielsweise Fragen zur Nato zu beantworten. Aber sie haben die Möglichkeit, Gesprächsforen zu organisieren oder Fragen ihrer Leserschaft an Experten und Expertinnen weiterzugeben. Gespräche zu initiieren, ist auch eine wichtige Rolle von Medien.

„Inklusive Unternehmenskultur“

Was bedeutet all das für die Redaktionen? Erstens, Kompetenz aufbauen. Wie macht man das? Indem man Leute mit unterschiedlichen Hintergründen beschäftigt und Leuten in den Redaktionen die Möglichkeit gibt, die Kompetenz zu bewerten. Und wenn man sie selbst nicht hat, dann holt man sie sich, dann kauft man Expertise ein.

Zweitens, Vielfalt und inklusive Unternehmenskultur schaffen. Dieser Aspekt wird extrem unterschätzt. Oft gibt es Leute in Redaktionen, die von dem jeweiligen Thema Ahnung haben, sich aber nicht trauen, sich zu Wort zu melden. In jeder Organisation gibt es Wortführer, denen man zuhört. Und es gibt die, über die gesagt wird, was soll der/die denn schon wissen? Es wird vielleicht gar nicht bewusst so gehandhabt, aber die Stillen schweigen dann. Es gilt also, Mechanismen zu entwickeln, alle Kompetenzen, die in einer Redaktion vorhanden sind, sichtbar und damit nutzbar zu machen. Das ist eine wichtige, große Aufgabe für Redaktionen. Da stehen die meisten am Anfang.

Drittens, Technik und Daten nutzen. Mit einem Smartphone lässt sich vieles machen, längst sind keine komplexen Systeme mehr nötig, um große Filme zu drehen. Manche Menschen sind visuell und mögen Bilder sehen, ihnen ist ein kurzes Erklärvideo lieber als ein langer Text. Und neben der Vielfalt der Formate gilt

es auch, Daten zu nutzen und zugänglich zu machen. Datenjournalismus ist hier das Stichwort.

Während der Pandemie gab es hervorragende Visualisierungen, zum Beispiel, wie sich die Viren ausbreiten, dafür wird es bestimmt noch viele Preise geben. Journalismus ist nicht immer nur Wort.

Viertens, Nutzerbedürfnisse ergründen. Ich habe bewusst Nutzerbedürfnisse gesagt und nicht Leser und Leserinnen oder Hörer und Hörerinnen, weil wir in der Welt der Leser und Hörer nicht mehr leben. Menschen nutzen Medien und die Frage ist, was wollen sie von Medien, was versprechen sie sich davon?

Wie kann der Journalismus sein Publikum gewinnen und binden? Was macht man, wenn man die Experten hat, wenn eine inklusive Unternehmenskultur gelebt wird, in der sich die Redaktionsmitglieder auch trauen, etwas zu sagen?

Erstens, viel, sehr viel erklären: Das Grundbedürfnis vieler Menschen ist, zu verstehen, was vor sich geht. Dabei ist wichtig, aufzuzeigen, dass wir in einer pluralen Gesellschaft verschiedene Konzepte haben, dass es unterschiedliche Denkmodelle gibt. Dies zu erklären, ist essenziell.

„Bedürfnis nach slow news“

Darüber hinaus gibt es weiteren Erklärungsbedarf. Der Arzt ist Experte in seinem Bereich, kennt sich aber vielleicht mit Energiepolitik nicht aus. Die Ingenieurin kennt sich wiederum mit Jura nicht aus. Auch im bildungsbürgerlichen Rahmen brauchen viele Menschen vielerlei Erklärungen. In diesem Feld hat der Journalismus lange Zeit zu wenig getan, jetzt setzt hierzu ein großes Umdenken in Redaktionen ein. Das geht einher mit der Debatte über Transparenz. Hier geht es darum, deutlich zu machen, was man weiß und was nicht. Wir müssen sagen, worauf sich unsere Erkenntnisse gründen, erklären, woher die Expertin kommt, die wir gerade gefragt haben.

Zweitens gilt es, die unterschiedlichen Informationsbedürfnisse zu bedienen. Es gibt nicht nur das Bedürfnis nach „schnell, schnell und klack, das Nächste“. Neben dem Bedürfnis nach *fast news* gibt es eines nach *slow news*. Menschen haben möglicherweise unterschiedliche Bedürfnisse zu unterschiedlichen Tages- oder Wochenzeiten. Es haben sich in den vergangenen Jahren viele Medien gebildet, die ausschließlich auf *slow news* setzen, weil das dem Publikum näherkommt. Aber die Erkenntnis ist, dass die Menschen, die sich ohnehin gern informieren und schnelle Nachrichten konsumieren, auch gern die langen und ausgeruhten Stücke lesen.

Ganz abgrenzen kann man das nicht, aber man sollte zumindest in beide Richtungen Formate entwickeln.

Drittens, Journalismus sollte visualisieren. Ich hatte eben schon einmal darauf hingewiesen, dass es ausgesprochen visuell veranlagte Menschen gibt. Infografiken sind ein probates Mittel. Aber sie müssen korrekt sein und stimmen. Ein Fehler darin diskreditiert den ganzen Artikel.

Viertens, Journalismus sollte Zielgruppen differenziert ansprechen: Man muss sich nicht wundern, dass junge Leute nicht die Formate und Produkte nutzen, die uns ansprechen. Die junge Generation ist auf den verschiedensten Plattformen unterwegs. Und man muss den Nutzerinnen und Nutzern da begegnen, wo sie sind, mit neuen, ansprechenden Formaten, zum Beispiel auch mit Spielen.

Die „Financial Times“ hat vor Kurzem ein großartiges Spiel herausgebracht, „The Climate Game“. Hier geht es darum, Wege zu finden, wie die Welt bis 2050 emissionsfrei werden kann. Dabei stehen mit Energieversorgung, Mobilität, Bauen und Industrieproduktion die vier Bereiche im Mittelpunkt, die für den größten CO₂-Ausstoß verantwortlich sind.

„Perspektiven aufzeigen“

In dem FT-Climate Game geht es darum, die verschiedenen Interessen von Mensch und Natur auszubalancieren und zu Entscheidungen zu kommen, die den Planeten retten. Wenn die Spieler im Jahr 2050 angekommen sind, sehen sie die Projektion der Erderwärmung für das Jahr 2100, basierend auf ihren Entscheidungen. Ein ungeheurer Erkenntniszugewinn und ein hervorragendes Beispiel für neue Formate. Die „Financial Times“ hat bei der Entwicklung des Spiels eng mit der Internationalen Energie Agentur (IEA) zusammengearbeitet.

Fünftens, Redaktionen sollten weg vom „*he said, she said*“-Journalismus steuern. Ein Großteil traditioneller Berichterstattung besteht noch immer aus „der hat gesagt, die hat gesagt“. Man hat dann als Journalistin das Gefühl, ausgewogen berichtet zu haben. Aber es geht nicht nur darum, was gesagt wurde, es geht darum, was gemacht wurde. Politikberichterstattung besteht viel zu oft aus Politiker-Zitaten. Ich will aber wissen, was Politikerinnen und Politiker durchgesetzt haben und nicht nur, was sie ankündigen, in der nächsten Legislaturperiode machen zu wollen.

Sechstens, und das liegt mir besonders am Herzen: Wir brauchen konstruktiven Journalismus, der Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Dazu gehören für mich auch konstruktive Gesprächsformate. „Deutschland

spricht", entwickelt von „Zeit Online“, bringt zwei Menschen mit unterschiedlichen, teils gegensätzlichen Positionen zum Austausch zusammen; sie werden dafür von einem Algorithmus einander zugeteilt. Ein großer Erfolg, der international Kreise zieht.

Ein anderes Experiment hat die Deutsche Welle vor der deutschen Bundestagswahl versucht: „Flipping the Script“ heißt es. Dabei diskutierten Bürgerinnen und Bürger, die Politikerinnen und Politiker hörten zu und konnten Fragen stellen. Mit anderen Worten: Es geht darum, konstruktiv und kreativ zu sein im Journalismus und mehr Perspektiven zu entwickeln.

Siebtens, Journalismus sollte verschiedene Perspektiven aufzeigen. Drei Viertel der Nutzer möchten nicht nur das an Information bekommen, was ihren eigenen Vorstellungen entspricht. Wie sie dann in der Wirklichkeit reagieren und worauf sie klicken, ist vielleicht etwas anderes, aber Menschen wissen, dass sie Vielfalt brauchen. Das trifft auf alle Generationen zu. Und in Deutschland ganz besonders, hier sind es laut Digital News Report 80 Prozent, die sagen, sie wollen verschiedene Perspektiven haben. Das reflektiert auch, dass unsere Demokratie ganz gut funktioniert.

„Angemessene Unparteilichkeit“

Aber Achtung: Neutralität oder Unparteilichkeit heißt nicht Beliebigkeit. Und damit wären wir wieder beim Thema „Haltung“. Was beinhaltet denn diese Haltung, mit der Journalisten arbeiten? Die beste Definition bietet aus meiner Sicht die britische Medienbehörde Ofcom. Sie spricht von „due impartiality“, von angemessener Unparteilichkeit.

Unparteilichkeit oder Neutralität heißt also nicht, wir müssen jeder Partei gleich viel Sendezeit geben oder wir müssen jemandem, der für Klimaschutz plädiert, noch jemanden danebenstellen, der im selben Umfang den Klimawandel bestreitet. Keine beliebige und damit vermeintliche Neutralität, bei der man sich so hin- und herbewegt wie das Fähnchen im Wind.

Wir können uns sicher darauf einigen, dass zu dieser Haltung gehört, die Demokratie stützen und erhalten zu wollen. Wenn der Journalismus das nicht tut, sägt er sich den Ast ab, auf dem er sitzt. Wir sehen, wie in Mittel- und Osteuropa die Pressefreiheit zunehmend eingeschränkt wird. Wenn die Pressefreiheit schwindet, wenn es sie nicht mehr gibt, gibt es auch keinen Journalismus mehr. Dann gibt es nur noch Propaganda, dazu braucht man keine Haltung.

Zum Glück gibt es in diesen Ländern und Regionen Journalisten und Journalistinnen mit Haltung, die dank digi-

taler Möglichkeiten neue digitale Medienunternehmen gründen und aufbauen, wenn etablierte Medienmarken zu sehr in Staatsnähe geraten.

Zur journalistischen Grundhaltung gehört auch, die Menschenrechte zu achten, ganz klar. Oft wird dem Journalismus vorgeworfen, er berichte lediglich über Minderheitenprobleme, das interessiere die Mehrheit nicht, warum könnten sich Redaktionen nicht in erster Linie um Mehrheitsthemen kümmern. Das ist eine populistische Sichtweise. Der Journalismus hat die Verpflichtung, die Menschenrechte, die Rechte eines jeden Einzelnen ernst zu nehmen. Es gehört zur Haltung, aufzuzeigen, wo Würde und Rechte verletzt werden, wo mit Menschenleben gespielt wird.

Und in den Katalog dessen, was Haltung im Journalismus definiert, gehört seit einiger Zeit auch das Stichwort Klimawandel. Es geht um nichts weniger als darum, unsere Lebensgrundlagen zu bewahren. Das ist relativ neu; vor zehn oder 15 Jahren wäre der Klimaschutz noch nicht als Bestandteil einer unverrückbaren Haltung im Journalismus genannt worden, vielleicht weil es noch zu viele Zweifel gab. Doch sobald wir wissen, dass etwas die Lebensgrundlagen zerstört, müssen wir eine bewahrende Haltung einnehmen.

„Faire Arbeitsbedingungen“

Mein letzter Punkt, in dem sich Haltung ausdrückt, ist: Als Unternehmen vorleben, was man in Kommentaren fordert. Denn man muss sich durchaus fragen: Kann ein Klimajournalismus, der nicht bewirkt, dass Menschen ihr Verhalten überdenken oder ändern, guter Journalismus sein? Und was ist, wenn man als Redaktion etwas fordert, aber das eigene Unternehmen nicht danach lebt? Kann man diesem Unternehmen noch glauben? Aus meiner Sicht stehen viele Medienhäuser in Sachen Glaubwürdigkeit am Anfang, nicht nur, was das Thema ökologischer Fußabdruck angeht, sondern auch, was Vielfalt, faire Arbeitsbedingungen, New Work und so weiter angeht. Viel wird in Kommentaren gefordert, aber das eigene Haus lebt es nicht.

Journalismus ohne Haltung ist nicht möglich! Journalismus ohne Haltung ist wie das Fähnchen im Wind oder er ist Propaganda. Journalismus braucht Rückgrat.

*

Alexandra Borchardt ist Journalistin, Beraterin und Honorarprofessorin an der TUM School of Management, München. Sie leitet das Journalism Innovators Program an der Hamburg Media School. ■

„Querschnittsaufgaben“

Diskussion über Haltung im Journalismus

epd **Ingrid Scheithauer**: Das war eine imposante Tour d'Horizon und jetzt sieht es so aus, als würden wir beide da ganz allein darüber sprechen, aber dem ist gar nicht so. Online kommen dazu, in alphabetischer Reihenfolge: die Klima- und Umweltjournalistin Susanne Götze. Seit 20 Jahren ist das ihr Thema und ihr Spektrum ist breit: Klimakrise, globale Umweltpolitik, Energiewende, Lobbyismus. Der „Klimaschmutzlobby“ hat sie 2020 ein Buch gewidmet. Für ihre Geschichten recherchiert sie in Afrika und Lateinamerika ebenso wie in den USA und Europa. Sie ist Historikerin, arbeitet mittlerweile im Wissenschaftsressort des Magazins „Der Spiegel“. Ihre Features sind im Deutschlandfunk zu hören. Und wir hören und sehen sie jetzt hier aus Berlin. Herzlich willkommen, Susanne Götze.

Mirjam Jenny schalten wir ebenfalls aus Berlin zu. Sie ist Psychologin und sie versteht sich als Entscheidungsforscherin, Wissenschaftskommunikatorin und Wissenschafts-Lobbyistin. Am Lehrstuhl für Gesundheitskommunikation der Universität Erfurt leitet Mirjam Jenny den Bereich Science2Society. Zuvor war sie am Robert-Koch-Institut, das wir spätestens seit März 2020 alle kennen. Dort leitete sie die Projektgruppe Wissenschaftskommunikation und interessierte sich in ihrer Forschung besonders für die Schnittstelle von kognitiver Psychologie und Medizin. Und sie war für die WHO tätig, auch in Berlin, am Hub for Pandemic and Epidemic Intelligence. Sie ist also unsere Expertin in Sachen Wissenschaftskommunikation und für die Frage, was wir in Sachen Journalismus und Kommunikation aus dieser Pandemie lernen können. Herzlich willkommen, Frau Jenny!

Ebenfalls herzlich willkommen, Sonja Schwetje. Sie ist die Chefredakteurin von NTV und RTL News Netzwerke. Sie sitzt in der Redaktion in Köln und hat es nicht nur mit dem ganz normalen Wahnsinn in einem Nachrichtensender zu tun, sondern neben den Herausforderungen der Klimakrise und Pandemie jetzt auch noch mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Deswegen greifen wir auch auf die digitale Verbindung zurück. Sonja Schwetje ist seit 22 Jahren für die RTL-Gruppe tätig und von der Volontärin bei RTL Nord bis zur Redaktionsleiterin bei RTL West aufgestiegen. 2010 wechselte Sonja Schwetje zu NTV, wurde vier Jahre später dort Chefredakteurin und hat im vergangenen Jahr zusätzlich die Leitung des Bereichs RTL News & Netzwerke übernommen.

Ich will zum Klimajournalismus zurückgehen, den Alexandra Borchardt auch beschrieben hat. Susanne Götze, der Club of Rome hat vor 50 Jahren, Anfang März

1972, seinen Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ vorgestellt. Seitdem weiß man um Ressourcenknappheit, Umweltschäden. In den 80er Jahren war der Klimawandel ein Nischenthema, in den 90ern auch noch. Warum wurde das Thema so lange ignoriert? Und was hat ihm letztendlich zum Durchbruch verholfen?

Susanne Götze: Ich bin seit über 20 Jahren dabei und habe die ganze Entwicklung im Klimajournalismus mitgemacht, die Alexandra Borchardt eben beschrieben hat. Von einem kompletten Nischenthema zu Anfang bis zu einer relativ großen Dominanz in den Medien. Heute wird das Thema – im Gegensatz zu früher – relativ stark abgebildet. Was man jedoch sagen muss: Die Klimakrise ist nicht eine Krise. Das ist der einzige Widerspruch, den ich gegenüber Alexandra Borchardts Vortrag habe. Die Klimakrise ist eine multiple Krise. Klimakrise bedeutet auch Gesundheitskrise, Menschenrechtskrise, ökologische Krise, eine Wasserkrise. Die Krisenliste ist lang.

Was ich in den vergangenen 20 Jahren erlebt habe, ist, dass dieses Thema zunächst nur auf die hinteren Seiten gepackt wurde. Es fand lediglich in den Umwelt- und Wissenschaftsressorts statt. Das ist heute noch weitgehend so. Ich arbeite im Wissenschaftsressort des „Spiegel“, das Thema ist weiterhin dort angesiedelt, das kommt aus der Geschichte.

Was sich aber komplett verändert hat, ist die Wahrnehmung der Thematik. Ich fand die Ausführungen zur Haltung interessant, Frau Borchardt, auch ich habe mich jahrelang damit rumschlagen müssen und kann aus dem eigenen Erleben innerhalb und außerhalb der Redaktion bestätigen, dass man sehr lange als Klimaaktivist abgestempelt wurde. Das ist für einen Journalisten natürlich tödlich, dass man in eine Ecke gestellt und an der journalistischen Professionalität gezweifelt wird, nur weil man über dieses Thema geschrieben hat. Man sagt ja auch nicht zu Leuten, die jahrelang über Menschenrechte recherchieren, sie seien Menschenrechtsaktivisten.

Das war schwierig; Klima- und Umweltjournalisten wurden lange in die Ecke gedrückt, auch von Politikern, die mittlerweile zugeben, wie der frühere Minister Peter Altmaier, dass das Thema viel zu lange ignoriert wurde. Das, was ich hier sage, ist mittlerweile Mainstream. Im Journalismus war das ähnlich, und das war ein riesiges Problem, die Gründe dafür sind vielleicht auch bei der Wissenschaft zu suchen.

Scheithauer: *Womit hat sich die Wahrnehmung geändert?*

Götze: Die Wende kam 2018 mit der Fridays-for-Future-Bewegung, da ist das Thema komplett aufgebrochen. Ich kann noch eine kleine Anekdote erzählen: 2016/2017 habe ich mein erstes Buch geschrieben, da ging es um Reportagen zum Klimawandel, um die Folgen des Klimawandels an verschiedenen Orten und Ländern der Welt, Sie haben das schon erwähnt, Frau Scheithauer. Und ich bin an den Verlag herangetreten, der schon umweltbewegt war, und der hat damals gesagt, ach, Frau Götze, das liest doch keiner. Das Klimathema verkauft sich einfach nicht. Das war noch 2016/2017 die Haltung, das muss man sich vorstellen. Dann kam 2018 und seitdem hat sich wirklich eine Menge bewegt und mittlerweile, auch durch die Ukraine-Krise, und das ist wirklich noch mal ein Paradigmenwechsel gewesen, ist vor allem das Thema Energiewende zur Frage der nationalen Sicherheit aufgestiegen.

Das sind die unterschiedlichen Etappen, die das Thema genommen hat. Angefangen, wirklich im Bewusstsein zu sein, hat es 2015 mit dem Verabschieden des Welt-Klimavertrages, aber 2018 gab es mit dem Beginn der Fridays-for-Future-Bewegung nochmal eine riesige Aufmerksamkeit und jetzt ist es absolut angekommen als Thema.

Scheithauer: *Frau Schwetje, was macht für Sie guten Klimajournalismus aus und wie bewerkstelligen Sie den in Ihrem Haus? Auch angesichts der Tatsache, dass Sie als Chefredakteurin die vorhandenen Ressourcen verteilen müssen.*

Sonja Schwetje: Es ist für uns ein guter Weg, zweigleisig zu fahren. Also auf der einen Seite Raum und Ressourcen einem Klimaformat einzuräumen, das heißt bei uns „Klima Update Spezial“. Bei diesem Format geht es konkret um ganz unterschiedliche Aspekte des Themas. Wir fragen nach Lösungsansätzen, danach, wie und wo kann man im Kleinen in seinem Alltag konkret etwas beitragen. Wir tauchen in die Lebenswelt der Menschen ein und erklären viele Aspekte des Klimawandels.

Gleichzeitig ist das Thema so omnipräsent, dass es nicht reicht, es nur in speziellen Formaten zu behandeln. Es ist in jedem Bereich der Lebenswelt unserer Zuschauerinnen und Zuschauer präsent. Das zu zeigen, sehen wir auch als unsere Aufgabe – in den Nachrichten, in der Wirtschaftsberichterstattung, auch im Sport. Wir diskutieren den Klimawandel als Querschnittsthema in unseren Redaktionskonferenzen. Das heißt: In welcher

Form auch immer muss dieses Thema mitbedacht werden und einfließen in die Berichterstattung.

„Die Klimakrise ist eine multiple Krise, sie ist auch Gesundheitskrise, Menschenrechtskrise, eine Wasserkrise.“

Deshalb fand ich die Keynote auch sehr spannend im Hinblick auf Vielfalt in den Redaktionen und die Gesprächskultur, die es zu schaffen gilt, um auch leise Stimmen zu hören. Also nicht nur die Menschen zu Wort kommen zu lassen, die schon lange im Job sind, die die Meinungsführer sind und von denen wir wissen, dass sie Ahnung haben, sondern auch auf Leute zu hören, die noch nicht so lange im Beruf sind, aber vielleicht einen guten Zugang zum Thema haben. Es gibt immer wieder neue Zugänge zum Thema Klima, und gerade hier können wir von den jüngeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel lernen.

Für unsere Konferenz- und Diskussionskultur ist Diversität wichtig. Dies im Fokus zu haben, ist meine Aufgabe als Chefredakteurin. Hinzu kommt, dass sich die Arbeitswelt ändert. Während der Pandemie haben wir, wie andere auch, viele Redaktionskonferenzen digital gemacht und auch unser täglicher Austausch lief digital. Wir mussten lernen, die Hand zu heben, wenn man etwas sagen wollte, weil man sich nicht gut unterbrechen kann. Das ist nicht so einfach, wie es klingt, und es macht es für manche Leute schwieriger, sich zu Wort zu melden. Jetzt haben wir eine hybride Form, manche Leute sind wieder viel im Sender, andere arbeiten, auch tätigkeitsbedingt, mehr von zu Hause. Wie bekommt man das hin, dass die gleichberechtigt an einer Diskussion partizipieren können? Da kommt man schnell vom Hölzchen aufs Stöckchen, das ist bei allen großen Themen, um die wir uns in Medienunternehmen, aber auch in anderen Unternehmen kümmern, eine Frage der Unternehmenskultur und des Mindsets. Und für mich als Chefredakteurin sehe ich da vor allem meine Herausforderungen.

Scheithauer: *Mirjam Jenny, was – wenn Sie es thesenartig als Einstieg formulieren –, kann und soll der Journalismus aus der Pandemie für das große Klimathema lernen? Gibt es ein, zwei Sachen, die man transportieren könnte?*

Mirjam Jenny: Ich denke, da sind mindestens zwei Dinge ganz wichtig. Das eine ist, komplexe Inhalte gut herunterzubrechen und allgemein verständlich zu machen. Das ist ja die Stärke guter Wissenschaftsjournalistinnen und -journalisten. Im Klimabereich hören wir zum Beispiel im Zusammenhang mit dem 1,5-Grad-Ziel viel über Zahlen, Risiken und Wahrscheinlichkeiten. Sie werden erwähnt, werden aber selten richtig gut erklärt und richtig gut heruntergebrochen auf die Lebenswirklichkeit. Aus Studien wissen wir, gerade zu dem

1,5-Grad-Ziel, dass die wenigsten Leute verstehen, was das ist. Es gibt zu dieser 1,5-Grad-Marke keine Referenz – worauf bezieht sich das? Im Vergleich zu wann? Wo? Ist das ein Durchschnittswert, ein Maximalwert? Bis wann? Da ist einfach vieles unklar.

Und das andere ist die Balance zwischen Angstkommunikation und Hoffnungskommunikation. Wir hatten in der Corona-Krise – besonders zu Beginn, aber jetzt auch noch – viele Szenarien dazu, was schlimm werden kann oder schlimm ist. Das funktioniert kurzzeitig gut. Die Bevölkerung hat, besonders zu Beginn, stark darauf reagiert. Die Leute sind zu Hause geblieben, teilweise sogar bevor neue Lockdowns oder neue Maßnahmen implementiert wurden. Aber das hält nicht langfristig. Die Klimakrise ist ja etwas Langfristiges. Angstkommunikation motiviert Leute nicht, sich langfristig damit zu befassen, oder gar dazu, selbst ins Handeln zu kommen.

Viel wichtiger ist Hoffnungskommunikation, wie ich das nennen möchte. Das heißt, wir setzen uns damit auseinander, wie wir leben möchten, was mögen wir tun, wo können wir hingehen, wie können wir uns auch sozial einigermaßen gerecht hinbewegen? Ein Teil der Klimakommunikation geht von der Annahme aus, dass die Welt, also zumindest hier in Deutschland oder in Europa, gut ist und wir hier gut leben und dass es ab jetzt schlechter wird. Damit holt man einige Menschen allerdings nicht ab. Es gibt auch einige, die gern anders leben würden, die unter sozialer Ungerechtigkeit leiden. Es geht darum, viel mehr an Zukunftsvisionen zu entwickeln, wo man hin möchte und wie man dahin kommt. Das ist wichtig, damit man auch die Öffentlichkeit aktivieren kann.

Scheithauer: *Wenn ich das jetzt mal ganz grob journalistisch zusammenfassen würde, gäbe es den Punkt, wissenschaftliche Ergebnisse zu übersetzen und den Leuten Handlungsanleitungen zu geben. Ganz grob zusammengefasst.*

Jenny: . . . und positiv, diese positive Note.

Scheithauer: *Frau Götze, sehen Sie Ihre Aufgabe so?*

Götze: Ich würde sagen, es ist ein Teil unserer Aufgabe. Das ist natürlich auch die Aufgabe eines klassischen Wissenschaftsjournalisten, aber Klimajournalismus geht weit darüber hinaus. Natürlich muss man Dinge erklären, ich schreibe auch über die Berichte des Weltklimarats und versuche, diese möglichst gut zu verstehen und in eine verständliche Sprache zu übersetzen. Das ist das A und O, und das gehört natürlich zum A und O des Klimajournalismus. Aber es gibt noch viele andere

Aufgaben, die der Klimajournalismus hat und dazu gehört nicht nur der sogenannte Solution-Journalismus, den Mirjam Jenny angesprochen hat. Das finde ich auch wichtig, aber es unterschätzt die Dimension des Themas. Bei jedem anderen Thema, egal, welches politische Thema wir nehmen, müssen wir versuchen, Umweltthemen in allen möglichen Genres und auf alle möglichen Arten, wie Sonja Schwetje das gesagt hat, umzusetzen.

Dazu gehört für mich auch festzuhalten: Es gibt viel zu wenig Recherche und damit auch viel zu wenige investigative Recherchen zum Klimathema. Das gehört mindestens genauso dazu, genauso wie Moralappelle oder ein Bericht über ein Projekt, das gut läuft. Klimajournalismus heißt aber nicht, über jedes erfolgreiche Klimaprojekt zu berichten; das hilft am Ende niemanden.

Wir müssen versuchen, die ganze Dimension dieser Klimakrise zu verstehen. Dazu gehört auch, eine größere Vielfalt an Themen in diesem Bereich zu bearbeiten und dies in vielfältigerer Art und Weise als bisher. Es gibt Genres, die bis jetzt zu kurz gekommen sind. Eine Seite des Klimajournalismus ist in Deutschland relativ unterrepräsentiert – die tiefgründige Recherche, das, was in den USA oder Großbritannien *investigative environmental journalism* genannt wird. Der „Guardian“, die „Washington Post“ und andere machen das schon länger und setzen dabei auch auf Multimedia. Das fehlt bei uns in Deutschland, das ist noch absolut unterrepräsentiert.

Scheithauer: *Zu den Ausführungen von Frau Götze würde ich gern Frau Schwetje und dann Frau Borchardt kurz hören.*

Schwetje: Bei den Krisen, die wir journalistisch begleiten und durch die wir Menschen aus unserer Sicht durchführen, versuchen wir, Orientierung zu geben. Das erfordert zum Teil neue oder besondere Darstellungsformen. Das haben wir in der Corona-Pandemie gemerkt. Wir haben unser Team von Datenjournalisten massiv vergrößert. Wir haben crossmediale Darstellungsmöglichkeiten entwickelt. Zum Beispiel, um Antworten auf Fragen nach der Inzidenz in einzelnen Regionen, der Hospitalisierungsrate, der jeweiligen Impfquote zu geben. Wir haben auch schnell gemerkt, dass die Angebote unserer Datenjournalisten gut zu personalisieren sind und neue Formen redaktioneller Angebote entwickelt. Und dann stellte sich die Frage, wie diese Online-Angebote auf das lineare TV übertragen werden können. Auch da haben wir unseren Weg gefunden.

Und auch das Thema Klima kann man sicher mit einer stärkeren Begleitung durch Datenjournalismus nah an

„Für unsere Konferenz- und Diskussionskultur ist Diversität wichtig. Dies im Fokus zu haben, ist meine Aufgabe als Chefredakteurin.“

die Menschen bringen. Ich meine, nicht nur geografisch, sondern auch als leichter verstehbar und erlebbar. Da haben wir noch keine zufriedenstellende Lösung. Wir sind mitten in den Überlegungen über mögliche Darstellungsformen und auch darüber, welche Inhalte auf welchen Plattformen angeboten werden können. Dabei müssen wir immer unser Publikum im Blick halten, womit wir wen über welchen Weg erreichen. Das beschäftigt uns derzeit sehr.

Scheithauer: *Habe ich das richtig verstanden, Ihre Überlegungen gelten vor allem den Themenbereichen Corona und Klimawandel?*

Schwetje: Das gilt für viele Themenbereiche. Bei Corona haben wir den Erfolg neuer digitaler Darstellungsformen schnell sehen können. Dazu gibt es Kennzahlen wie die *page impressions*. Und auch im linearen Fernsehen konnten wir sehen, dass wir mit neuen Ansätzen mehr erreichen. Wir verfolgen dies auch im politischen Bereich. Für das Klima-Thema sehe ich besonders viele Möglichkeiten für den Datenjournalismus und neue Darstellungsformen. Ich glaube, dass das den Menschen hilft, diese komplexe Thematik besser zu verstehen als nur über Text oder Bild.

Alexandra Borchardt: Ich bin auch der Meinung, dass man den Journalismus aufmachen muss in allen seinen Spielarten und nicht wieder künstlich verengen. Wir brauchen nicht nur *solution journalism* oder konstruktiven Journalismus, wir brauchen alles. Kürzlich sagte eine New Yorker Kollegin, Journalismus für Nerds müsse auch sein. Damit Entscheidungsträger und -trägerinnen aktiv würden, müsse man tief in die Details. Das ist nicht immer nur alles ganz bodenständig. Insgesamt sehe ich, dass der Journalismus traditionell zu viel Gewicht auf den klassischen Politikjournalismus legt und zu wenige Themen als Querschnittsaufgaben groß macht. Das spiegelt sich auch strukturell in den Redaktionen wider.

Nennen Sie mir eine Chefredakteurin, einen Chefredakteur, die nicht Station in der Politikredaktion gemacht haben. Mir fällt lediglich Jochen Wegner von „Zeit Online“ ein, der Physiker ist. Die Karrieren werden im Politikbereich gemacht, da sind die Leute, die die Anerkennung bekommen. Welche Wissenschaftsjournalistin wird Chefredakteurin? Da fehlen uns die Beispiele. Damit würden sich jedoch die Gewichtungen verschieben und andere Themen als aus dem Politikbereich als ebenso wichtig erkannt werden.

Interessant ist doch, was mir ein BBC-Kollege einmal sagte: Traditionelle journalistische Organisationen spie-

geln den Aufbau des Staates wider. Für jedes große Ministerium gibt es ein Ressort: Wirtschaftsministerium – Wirtschaftsressort, Innenpolitik, Außenpolitik – Politikressort. Und dadurch fällt es Redaktionen schwer, Themen wie Pandemie oder Klimawandel als Querschnittsthemen zu begreifen. Es gilt also, neue Ansätze auszuprobieren – entlang einer thematischen Gliederung – und diese Silos und damit die an der Staatsstruktur orientierte und überholte Herangehensweise aufzubrechen.

„Es geht darum, viel mehr Zukunftsvisionen zu entwickeln. Das ist wichtig, damit man auch die Öffentlichkeit aktivieren kann.“

Scheithauer: *Ich möchte gerne noch einmal den Blick auf das Publikum lenken, dem ja all diese Überlegungen dienen sollen. Alexandra Borchardt hat in ihrem Vortrag gesagt, dass sich Menschen während der Pandemie einigermaßen gut informiert gefühlt hätten. Wie sehen Sie das, Mirjam Jenny? Teilen Sie diese Einschätzung?*

Jenny: Auch unsere Daten zeigen, dass sich die Leute teilweise sehr gut informiert fühlten. Wenn es allerdings um konkrete Maßnahmen ging, zum Beispiel die Frage, welche Regeln gerade gelten, dann fühlten sie sich keineswegs gut informiert. Es war ja häufig fast unmöglich, das Regelwerk zu verstehen, weil es so divers und teilweise so kleinräumig war. Also bei diesen Punkten nicht, bei anderen Punkten haben sie sich besser informiert gefühlt.

Man darf sich von den Zahlen auch nicht täuschen lassen. Wichtig ist, die Leute nicht nur zu fragen, wie informiert sie sich fühlen oder wo sie sich informieren. Das reicht nicht. Man muss über Wissensfragen herausfinden, was die Leute wirklich verstanden haben. Nur so lassen sich Lücken aufdecken, nur so erfährt man, wo man nacharbeiten muss, was besser erklärt werden muss. Wenn die Befragten glauben, etwas sehr gut verstanden zu haben, ist das nicht automatisch positiv. Wir alle haben erlebt, wie während der Pandemie viele zum Hobby-Epidemiologen oder -Virologen wurden und glaubten, alles zu verstehen und bewerten zu können. Dieser Glaube ist ein zweischneidiges Schwert.

Scheithauer: *Alexandra Borchardt hat eben die Organisationsstrukturen angesprochen, die auch ein Denkmodell sind. So wie der Bundestag mit seinen Ausschüssen die Strukturen der Ministerien nachbildet, so bilden die Redaktionen dies ebenfalls nach, vielleicht ein bisschen grobteiliger. Aber: Um einen so langfristigen und komplexen Prozess wie den Klimawandel zu verstehen, zu kommunizieren und journalistisch zu verfolgen, braucht es auch andere Organisationsformen und damit tiefgreifende Veränderungen in den Redaktionen. Das ist mehrfach angeklungen. Susanne Götze, mit Ihrer langen Erfahrung im Klimajournalismus, wie sollte eine organisa-*

torische Umstrukturierung für dieses Querschnittsthema aussehen und verankert sein?

Götze: Da sprechen Sie ein spannendes Thema an. Zum einen: Wir brauchen, so wie es Frau Borchardt vorhin gesagt hat, mehr Wissen in den Redaktionen über den Klimawandel. Also Workshops und Weiterbildung in den verschiedenen Ressorts. Zum anderen und das ist etwas, was an meiner alltäglichen Arbeit und der vieler Kollegen, die in diesem Bereich arbeiten, so schwierig ist: Die Klimakrise ist ein Querschnittsthema. Das heißt, wir berühren alle möglichen Themen in allen möglichen Ressorts, von Kultur über Wirtschaft zur Politik. Und dann gibt es natürlich im Ressort Konkurrenzen. Das heißt, man kommt – ungewollt oder auch gewollt – ins Gehege mit anderen Ressorts. Was hat man denn als Mensch vom Wissenschaftsressort in der Wirtschaft oder der Politik verloren? Das ist aus meiner Sicht in vielen Redaktionen ein Problem, und es ist der Grund, warum Klimathemen immer wieder hinten runterfallen.

Was ich für eine sinnvolle Lösung hielte, wäre so eine Art ressortübergreifende Special Task Force für Klimathemen, zusammengesetzt aus Journalisten ganz unterschiedlicher Herkunft. Wir brauchen auch Wirtschaftsjournalisten, die auf Klima spezialisiert sind, Politikjournalisten oder Kulturjournalisten etc. Das könnten sich natürlich nur größere Redaktionen leisten, aber wenn es so eine Special Task Force gäbe, könnten Beiträge in alle Ressorts hineindiffundieren. Aus meiner Sicht wäre dies ein sinnvoller Weg, es gibt sicher auch andere Ansätze. Wichtig ist in jedem Fall, dass es eine ressortübergreifende Struktur gibt und dass man trotzdem mit den verschiedenen Ressorts zusammenarbeitet.

Scheithauer: *Sonja Schwetje, können Sie sich eine solche redaktionelle Klima Task Force vorstellen oder haben Sie so etwas gar schon in der Planung?*

Schwetje: Ich finde das einen interessanten Ansatz, ich glaube aber, es geht auch anders. Meiner Überzeugung nach sind Ressorts gut. Sie müssen einen gewissen Zuschnitt haben, aber sie dürfen auf keinen Fall Silos sein, sie müssen vielmehr durchlässig sein. Ein Beispiel. Es war eine Kollegin aus der Wirtschaftsredaktion, die den Vorschlag hatte für unser neues Klima-Format. Ressortgrenzen dürfen nicht ausschließen, dass der Kollege aus dem Sport seine Idee in ein anderes Ressort hineingibt.

Mit anderen Worten: Es geht um Diversität. Und es geht um die Frage, haben wir Leute mit unterschiedlichen Backgrounds? Haben wir Leute mit verschiedenen

Interessen und Fähigkeiten? Da sind wir, finde ich, insgesamt nicht gut genug. Wir haben viele mit einem Hintergrund in Politik- und Sozialwissenschaften, mein Hintergrund sind die Wirtschaftswissenschaften, ich bin Diplom-Kauffrau und Journalistin. Aber das reicht nicht, wir müssen viel diverser werden. Ich hätte gerne mehr Physikerinnen, Chemikerinnen oder Ingenieurinnen im Team. Wichtig ist jedoch, dass es einen Austausch über alle Ressorts hinweg gibt, dass die Kommunikation durchlässig, dass die Expertise und die Interessen der Kolleginnen und Kollegen bekannt sind.

Und damit stellt sich auch die Frage, wie lernen wir voneinander, möglichst in kurzer Zeit? Das gilt für alle Wissenschaftsthemen, für Klimafragen ebenso wie für Corona-Themen. Dafür müssen wir Räume schaffen. Dafür gibt es viele verschiedene Formate in vielen Unternehmen. Bei uns heißt das Kollegen-Campus. Hier werden Kollegen und Kolleginnen erst einmal dazu ermuntert, sich zu überlegen, ob sie eine besondere Expertise haben. Manchen ist das gar nicht klar, dass sie Experten für bestimmte Fragen sind. Da ist zunächst oft zu hören, ja gut, aber das ist nicht so wichtig. Doch, das ist wichtig! Also gilt es, diese Kenntnisse zunächst einmal aufs Tableau zu heben und dafür zu sorgen, dass die anderen von dieser Expertise wissen. Wir brauchen einen Überblick über das vorhandene Know-how, wir müssen den Wissensschatz, den wir im Unternehmen haben, auch kennen.

Und bei vielen Wissenschaftsthemen, insbesondere für das Klimathema, muss es Leute bei uns geben, die zum Beispiel mit der Wirtschaftsbrille die Klimaberichterstattung betrachten. Naturwissenschaftler fehlen uns in der Redaktion, sie wenden sich nicht unbedingt dem Journalismus zu. Also brauchen wir eine breite Expertise in der Redaktion, die naturgemäß dann nicht so tief sein kann. Die tiefe Expertise holen wir uns von außen. So sind wir auch beim Thema Verifizierung vorgegangen. Hier haben wir schnell allen ein Basiswissen vermittelt; das tun wir immer noch bei allen, die neu dazukommen. Zusätzlich brauchten wir ein Spezial-Verifizierungsteam, hier sitzen Expert:innen mit Spezialwissen.

Um auf Susanne Götzes Vorschlag der Querschnitt-Task-Force zurückzukommen: Wir sind eine lebendige Organisation. Wir wollen so arbeiten, dass wir für viele neue Themen gerüstet sind, weil wir in der Lage sind, uns schnell das nötige Know-how anzueignen. So bleiben wir agil. Ich denke, das ist unser Weg.

Scheithauer: *Mirjam Jenny, Ihr Arbeitsbereich heißt, Wissen in Richtung Gesellschaft transportieren. Welche*

„Wir müssen versuchen, die ganze Dimension dieser Klimakrise zu verstehen. Dazu gehört auch eine größere Vielfalt an Themen.“

Rolle spielt dabei der Journalismus und im Besonderen der Wissenschaftsjournalismus?

Jenny: Für meine Arbeit eine große. Ich arbeite nicht nur gern mit guten Wissenschaftsjournalistinnen und -journalisten zusammen, ich lerne viel im Dialog mit ihnen. Für uns ist es natürlich eine Möglichkeit, unsere Themen nach draußen zu bringen, über unsere eigenen Kanäle hinaus. Sei es an die Öffentlichkeit, indem wir Themen mitgestalten können, oder an die Politik, um auf gewisse Sachverhalte aufmerksam machen zu können. Das ist besonders wichtig beim Thema Corona-Kommunikation und der Frage, wie die Gesundheitskommunikation besser gestaltet werden sollte.

Und vielleicht noch kurz zum Journalismus und den beschriebenen Silos. Da ist der Journalismus ja nicht alleine mit dem Problem, dass Silos entstehen und der Austausch und die Kooperation nicht gut funktionieren. Das gibt es auch ganz häufig an den Universitäten, wo die Themenbereiche traditionell abgesteckt sind. Es sind eher neue Forschungszentren oder die größeren Wissenschaftsgesellschaften, die Organisationen gründen, bei denen das Thema im Zentrum steht und Forscher aus ganz unterschiedlichen Disziplinen daran arbeiten.

Scheithauer: *Während der Pandemie haben wir in der Wissenschaft etwas ganz Besonderes, etwas Neues, Noch-nicht-da-Gewesenes erlebt: eine ungeahnte Kollaboration, die es vorher so nicht gab, und ein Austausch, eine Kommunikation, die sich ungemein beschleunigt hatte. Was kann man daraus lernen?*

„Wir brauchen effektive Strukturen, die sich genau damit befassen, wie wir Falschinformationen besser eindämmen können.“

Jenny: Eine große Herausforderung war in der Tat das Tempo der Entwicklung. Vieles hat sich rasend schnell verändert. Und auch Falschnachrichten, Falschmeinungen, falsche Informationen haben sich so schnell verbreitet, dass man sie nicht mehr einfangen konnte. Was wir brauchen, sind effektive Strukturen, die sich in so einer Krise genau damit befassen, wie wir Falschinformationen besser eindämmen können. Generell ist für die Wissenschaftskommunikation die Corona-Krise, so makaber es sich vielleicht anhört, eine große Chance. Die Aufmerksamkeit ist gewachsen, das Bewusstsein dafür, wie wichtig gute Wissenschaftskommunikation ist, ist gewachsen, es entstehen neue Strukturen, ich glaube, am Ende können wir sehr davon profitieren, natürlich auch für nächste Krisen und besonders für die Klimakommunikation.

Scheithauer: *Das war im Grunde schon ein Schlusswort. Ich danke Ihnen, Alexandra Borchardt, für Ihre Einsichten, Erfahrungen und Einschätzungen, die Sie mit uns geteilt haben. Ihnen an unserem großen Bildschirm, Sonja Schwetje, Mirjam Jenny, Susanne Götze, danke ich für Ihre engagierten Beiträge.*

*

Susanne Götze ist Autorin und Journalistin. Sie arbeitet unter anderem für den „Spiegel“.

Mirjam Jenny leitet den Bereich Science2Society am Lehrstuhl für Gesundheitskommunikation an der Universität Erfurt.

Sonja Schwetje ist Chefredakteurin von NTV und der RTL News Netzwerke. ■

„Diskursive Ausgrenzung“

Denkzettel von Wolfgang Merkel über Moralismus und Demokratie

epd Der Begriff des Nachmittags war sicherlich „zielgerichtetes Träumen“. Als ich Ihrem eindrucksvollen Vortrag gelauscht habe, Viktor Mayer-Schönberger, habe ich mir überlegt, träume ich eigentlich auch, wenn ich wissenschaftlich arbeite? Ernüchternd genug, ich träume nicht. Langweilig, ich weiß.

Aber ich mache etwas anderes, auch Zielgerichtetes. Das ist, wenn ich nicht gerade empirisch arbeite, normativ orientierte Zeitdiagnostik. Dann renne ich häufig zielgerichtet gegen mein eigenes normatives Lager an. Geradezu mit einem popperianischen Elan, um mich vielleicht am Schluss doch zu vergewissern, dass ich mich in dem Lager richtig befinde.

„Eine Zäsur“

Indra Spiecker stellte vorhin fest, dass wir immer weniger Dissens in unserer Gesellschaft aushalten. Das ist nicht nur in unserer deutschen Gesellschaft so, das haben sie in der US-amerikanischen in einem noch weit größeren Maße. Aber warum ist das so? Ich biete eine, vielleicht nicht zureichende, aber immerhin notwendige Erklärung an. Es könnte der „Moralismus“ sein oder, um einen von Alexandra Borchart benutzten Begriff zu „verballhornen“: Es könnte die „Überhaltung“ sein, die wir und auch der Journalismus in wichtigen Diskursen an den Tag legen. Ich will aber zunächst in die Niederungen der Lageranalyse herabsteigen.

Kaum hatten wir das Schlimmste der Corona-Krise überwunden, brach eine neue, schwere und folgenreiche Katastrophe über uns herein: Am 24. Februar 2022 gab der Diktator Wladimir Wladimirowitsch Putin der russischen Armee den völkerrechtswidrigen Befehl, in die souveräne Republik Ukraine einzumarschieren. Nichts war dann mehr, wie es vorher war. „Zeitenwende“ nannte es der Bundeskanzler, eine Zäsur ist es mit Sicherheit.

Noch wissen wir nicht, wann dieser Krieg enden wird. Wir wissen nicht, wie viele Opfer zu beklagen sind: Soldaten, Zivilisten, Ukrainer und Russen. Der Krieg ist illegal und illegitim, sicherlich ein Prototyp des „ungerechten Krieges“. Darüber gibt es unter Völkerrechtlern, Journalisten, Politikwissenschaftlern und breiten Teilen der Bevölkerung nahezu keinen Disput.

Der Einwurf prominenter US-amerikanischer Politikwissenschaftler, dass es möglicherweise auch der bündnispolitische Expansionismus des Westens war, der Putins Reaktion inspiriert hat, wird von uns nicht diskutiert und findet hierzulande kaum ein Echo. Darüber streiten wir

nicht, nicht wissenschaftlich und nicht politisch. Vielleicht ist der drohende Vorwurf der Apologetik und des „Putin-Verstehens“ ein wichtiger Grund, dass wir diese sicherlich sekundäre Frage nicht ebenfalls diskutieren.

Dennoch, es dauerte nicht lange. Der Streit entbrannte auch bei uns um den Ukraine-Krieg. Die Streitfrage war: „Sollen wir Waffen liefern? Dürfen wir Waffen liefern? Oder müssen wir Waffen liefern?“ Befürworter und Gegner haben sehr schnell Position bezogen. Pazifisten, Bellizisten, Konvertiten, Moralisten und Rationalisten. Mittlerweile zeigt die Debatte in den analogen Medien und noch viel mehr in den sozialen Medien ein typisches Muster. Ein Muster, das ähnlich in der Flüchtlings- und Migrationskrise 2015/2016, in der schon lange schwelenden Klimakrise und in der Corona-Krise zu erkennen war. Das Muster heißt Moralisierung, Moralisierung der eigenen Position und Person wie der Versuch der Entmoralisierung der gegnerischen Person und Position.

„Verengung der Diskurse“

Warum führen wir diese wichtigen Debatten, um Jürgen Habermas zu zitieren, nicht verständigungsorientierter? Warum versuchen wir nicht, die Argumente der anderen Seite zu hinterfragen, zu akzeptieren oder zu widerlegen? Warum drängt es uns häufig dazu, sie als unmoralisch zu delegitimieren oder, um einen anderen Begriff von heute aufzugreifen, warum gibt es eine solche moralische Verengung unserer Diskurse in diesen Krisen? Oder noch anders formuliert: Warum ist diese Republik so nervös geworden?

Ich will dazu über zwei Arten von Entwicklungslinien einige kurze Anmerkungen machen. Die lange Linie ist die Demokratieentwicklung, die kurzen Linien sind externe Krisen, die diese lange Evolution der Demokratie beeinflussen, sie manchmal hemmen, beschleunigen oder möglicherweise auch in ihrem Kurs verändern. Wenn wir uns ansehen, wie sich die Qualität der Demokratie in den besten Demokratien auf dem Globus seit 1950 entwickelt hat, dann sehen wir eine steile Kurve nach oben. Das heißt, die 40 besten Demokratien haben in dieser Phase bis 1989 weltweit eine Qualitätssteigerung erfahren, die wir mit unserer nicht enden wollenden Rede von der Krise der Demokratie schlicht nicht erfassen können.

Mit 1989, als angeblich der Wettlauf der politischen und wirtschaftlichen Systeme historisch endgültig zugunsten des wirtschaftlichen und politischen Liberalismus entschieden schien, wie Francis Fukuyama uns versi-

chern wollte, hat diese Demokratisierung tatsächlich zunächst noch einmal einen Schub nach vorne bekommen. Der Anstieg endet etwa im Jahre 2000. Seit 2008 sehen wir statistisch einen signifikanten Qualitätsrückgang der Demokratie in diesen besten 40 Demokratien. Keine der Demokratien wurde davon verschont, wenn, dann sind es lediglich ein oder zwei skandinavische Demokratien, die wir uns immer gerne als Vorbild nehmen.

In Deutschland selbst haben wir keine klassische Krise der Demokratie. In der medizinischen Metapher würde das nämlich bedeuten, dass sich der deutschen Demokratie die Frage um Sein oder Nichtsein, Überleben oder Kollaps, Leben oder Tod stellen würde. Das wäre blanker Unsinn. Den Begriff „Krise“ sollten wir auch deshalb sehr vorsichtig verwenden. Er hat eine andere analytische Bedeutung als in der Alltagssprache. Wir erleben eine gewisse Regression, eine gewisse Erosion in der Qualität unserer Demokratie oder, wie wir Demokratieforscher es nennen, ein „backsliding of democracy“ in Deutschland und fast der gesamten demokratischen Welt.

„Ungleiche Partizipation“

Ich will diese lange Entwicklungslinie der Demokratie nun verlassen und auf die kürzeren externen Krisenlinien eingehen und fragen, was machen diese externen Krisen wie Flüchtlings-, Klima-, Covid-Krise und der Krieg Russlands gegen die Ukraine mit unserer Demokratie?

Was wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten sehr selten öffentlich durchdiskutierten, ist die soziale Ungleichheit. Die soziale Ungleichheit transformiert sich in einer massiven strikten Weise in eine politische Ungleichheit: Ungleiche Repräsentation, ungleiche Partizipation, ungleiches Wiederfinden in den politischen Entscheidungen ist ein verkrustetes Kennzeichen unserer Demokratie. Ich will das hier nur erwähnen, aber mich auf die sogenannten „neuen“ Krisen konzentrieren. Neu kann man diese Krisen deshalb nennen, weil sie den Übergang von der ökonomischen zur kulturellen Sphäre markieren.

Der Diskurs drehte sich bei uns in der vergangenen Dekade nicht mehr um die Verteilung sozioökonomischer Güter und Lebenschancen, sondern um Sprache, Identität, Anerkennung, Befindlichkeiten und Weltsichten. Er findet auch nicht mehr typischerweise zwischen Klassen und Schichten statt, sondern primär innerhalb der Mittelschichten. Es geht hier um einen Konflikt zwischen den traditionellen unteren Mittelschichten und den oberen akademischen Mittelschichten. Im oberen Drittel sind die Impulsgeber, ihre Follower, Claqueure und Opponenten der herrschenden Diskurse zu finden. Diese Gruppen besiedeln die Parteien, NGOs, Universi-

täten, Journalistenbüros, die traditionellen und sozialen Medien. Sie besitzen „voice“ (Hirschman) in unserer Gesellschaft.

Neben dieser schichtenspezifischen Verengung der Diskurse auf nicht-ökonomische Konflikte kennzeichnet die neuen Krisen ein weiteres Merkmal: die Moralisierung der Konflikte. Moralisierung beziehungsweise ihr Ergebnis, der Moralismus, ist von der Moral zu unterscheiden. Moral bedeutet eine Sammlung von Sitten, Konventionen und Erwartungen, die eben „gute Sitte“ sind. Moral lehrt uns, mit unserer und der Freiheit anderer umzugehen. Politische Moral ist in Demokratien in Menschen- und Freiheitsrechten kodifiziert, sie manifestiert sich in Gleichheitsgeboten und Gerechtigkeitsnormen. Moral zeigt sich aber auch in den nicht kodifizierten Werten der Toleranz und des Respektes. Ohne Moral keine Demokratie.

„Moralische Überlegenheit“

Moralismus ist etwas anderes. Moralismus ist eine selbstgerechte Stilisierung der eigenen moralischen Position. Sie ist eine Spielart des Egozentrismus, eine „moralische Demonstration“, die auf den Anspruch der eigenen moralischen Überlegenheit verweist. Strategisch eingesetzt dient sie der Ausgrenzung anderer Positionen, die dann per definitionem unmoralisch sind. Das moralistische Argument wird meist „contra personam“ gerichtet. Es geht darum, eine vermeintlich unmoralisch argumentierende Person aus dem Diskurs auszuschließen.

Das kann jene treffen, die die Klimakrise als nicht so problematisch ansehen, nicht auf ihr Auto mit Verbrennungsmotor verzichten wollen, in Inlandsflüge steigen oder auf Arbeitsplätze im Braunkohle-Tagebau beharren. Da braucht man nicht den Klimawandel als solchen zu leugnen, solches Verhalten genügt unter Umständen schon. Dies schneidet tief in die Gesellschaft.

In der Corona-Krise hat es die getroffen, die sich weigerten, sich impfen zu lassen, die gegen die Impfpflicht auf die Straße gingen, Gewissheit in der Esoterik statt der Wissenschaft suchten. Die Begriffe zur moralistischen Exklusion waren schnell gefunden: *Coronaleugner* und *Klimaleugner*; in der Flüchtlingskrise waren es Skeptiker, wenn nicht gar automatisch *Fremdenfeinde*. Im Ukraine-Krieg waren es weltfremde Pazifisten oder gar Putin-Versteher. Der langjährige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Peter Strohschneider, hat solche Wortwahl und solchen Wortsinn als Moralisierungsüberschuss bezeichnet.

Ich will mich in der riskanten Kürze der Zeit, die mir noch bleibt, dem Thema zuwenden, das uns alle gegenwärtig

berührt und umtreibt, der Ukraine-Krise beziehungsweise dem Angriffskrieg des Putin-Regimes gegen die souveräne Ukraine. Es geht hier nicht um die Frage, wer der Aggressor ist, wer der Angegriffene, wem unsere aktive Solidarität zu gelten hat, das ist eindeutig: Der Aggressor ist Russland, unsere Unterstützung muss der Ukraine gehören. Es geht um unsere Waffenlieferungen an den Angegriffenen, es geht mir darum zu klären, ob wir eine moralische Pflicht haben, Waffen zu liefern, wie das fast alle Leitmedien in Deutschland mit großer Verve vortragen, oder ob auch hier ein Moralisierungsoberschuss zu lesen ist oder wir nur eine halbierte Moral hören.

Die Waffenlieferungen werfen völkerrechtliche, wirtschaftliche, politische und moralische Fragen auf. Mit denen will ich mich nicht aufhalten. Sie sind wichtig, die wirtschaftliche Frage wird von der moralischen so überlagert, dass sie manchmal geradezu karikaturhaft als armseliges krämerhaftes Verhalten angesehen wird, wobei großzügig vergessen wird, dass die wirtschaftlichen Rückwirkungen in Deutschland, wie so oft, vor allem die unteren Schichten treffen, wir also einen Verteilungsschub von unten nach oben erleben.

„Beliebiger Umgang mit Logik“

Ich will vier Thesen vortragen, die bei den Waffenbefürwortern zu sehen, zu lesen und zu hören sind. Ich will über eine moralische Institution hinausgehen.

Meine oder die jener, die die Waffenlieferungen befürworten, erste These ist: Wir müssen alles tun, damit die Ukraine den Krieg nicht verliert. Unsere erste moralische Intuition beurteilt diesen Satz als richtig. Eine zweite, moralische Reflexion relativiert die Prima-facie-Intuition und fragt: Waffenlieferungen unter allen Bedingungen, zu allen Kosten, mit allen Opfern? Was wäre, wenn die schweren Waffen den Krieg hinzögen und in einem solchen Stellungskrieg noch viel mehr Menschenopfer zu beklagen wären als ohne massive Waffenlieferungen? Wären die Waffenlieferungen dann noch moralisch geboten? Muss nicht das alles überraschende moralische Gebot für die Waffenlieferanten sein, so wenig Opfer wie möglich in der Zivilbevölkerung zu verursachen? Gibt es gleichwertige moralische Ziele, die mehr Tote „kompensieren“ können?

Daran schließt sich eine zweite Frage an: Darf man auch dann kontinuierlich Waffen in einen Krieg liefern, in dem der Aggressor die Eskalationsdominanz besitzt? Nach allem, was wir wissen, ist Russland der Ukraine militärisch weit überlegen. Es ändert auch nichts an dieser Eskalationsdominanz, wenn wir massiv Waffen in die Ukraine liefern. In letzter Instanz hätte Putin, dem

wir alles zutrauen, durchaus die letzte Eskalationsgewalt, nämlich den Einsatz taktischer nuklearer Waffen.

Wenn wir Putin alles zutrauen – dies tun wir völlig zu Recht –, warum trauen wir ihm eigentlich dann nicht zu, diese taktischen Nuklearwaffen einzusetzen? Warum glauben wir, dass er, dessen Existenz politisch und physisch direkt an den Kriegsausgang gebunden ist, diese Dominanz der Eskalation nicht weitertreibt und sich in eine Niederlage hineinbegibt? Dies ist zumindest ein recht beliebiger Umgang mit Logik: Man traut dem Aggressor moralisch alles zu, nur nicht den Einsatz von Nuklearwaffen?

Frage drei: Ist das geringfügige Risiko eines Nuklearschlags hinzunehmen, um der Ukraine zum Sieg zu verhelfen und Putin wie sein Regime substanziell zu schwächen? Hier fehlen klare Positionierungen der Befürworter von schweren Waffenlieferungen. Ich habe noch kein Argument gehört, dass die Gefahr eines militärischen Nuklearschlages völlig auszuschließen ist. Wenn das der Fall ist, dürfen wir dann moralisch das Risiko in Kauf nehmen, das über die Eskalation des Krieges, zu der sicher auch Waffenlieferungen beitragen, wahrscheinlicher wird?

Es ist interessant, dass die bis vor Kurzem noch pazifistischen Grünen eine sehr laute moralische Stimme für die Waffenlieferung intonieren, aber die friedliche Nutzung der Kernkraft nicht befürworten. Das durchaus triftige Argument gegen die friedliche Nutzung der Kernkraft war stets: Auch wenn das Risiko, dass eine Havarie sich bei uns ereignet, wahrscheinlich sehr minimal ist, wäre der Schaden bei einer Havarie eines Kernkraftwerkes ein verheerender, maximaler.

„Umsichtige Führung“

Aber warum gilt dieses Argument nicht mehr in der Eskalationsdynamik eines Krieges, wie wir ihn gegenwärtig erleben? Warum bedenken wir nicht moralisch, dass die Opferzahl selbst bei kleinen taktischen Nuklearwaffen im Bereich der Hiroshima-Bombe lägen und gerade jene träge, die wir mit unseren Waffen stützen würden?

Frage vier: Lässt der Kanzler nicht kläglich die gebotene Führung vermissen? Als Gerhard Schröder und mit ihm die Alpha-Tiere Joschka Fischer und Otto Schily im Jahr 2005 die Wahlen und die Macht verloren, atmeten die liberalen Blätter der Republik auf: Der testosteregesteuerte Dezisionismus einer anachronistischen Basta-Politik sei nun endlich an sein Ende gekommen, eine neue Zeit der Politikgestaltung breche nun an. Das war ein Refrain, den man im „Spiegel“, der „Zeit“ oder der „Süddeutschen Zeitung“ besonders häufig lesen konnte.

Das Abwarten, Bedenken, Abwägen, ja gar Zaudern stieg zu einem neuen Modell umsichtiger Führung auf. Angela Merkels Politik wurde zum Rollenmodell, nicht zuletzt für die jüngeren Generationen in und um die FDP und die Grünen. Diese Gruppen beklatschten die Abkehr vom alten, maskulinen Führungsstil.

Nun weiß ich, Kriegspolitik ist etwas anderes als Rentenpolitik. Es gibt einen großen Entscheidungsdruck in Zeiten des Krieges. Aber darf uns das davon abhalten, abzuwägen, zu diskutieren und deliberieren, wenn jede Entscheidung Dilemmata, moralische Ambivalenzen und politische Risiken produziert? Da irritiert der sehr laute Ruf, dass (fast) allein die Lieferung schwerer Waffen DIE entscheidende Lösung sein könnte. Verhandlungen hätten erst einmal keine Chance, erst müsse der Aggressor substanziell geschwächt sein.

„Freund und Feind“

Ich komme zum Schluss. Der Moralismus bringt eine problematische Binarität in den politischen Diskurs. Die binären Codes lauten: *Facts or Fake*, Wahrheit oder Lüge, legitim oder illegitim, Moral oder Unmoral, Sieg oder Niederlage. Moral wird zum technischen Werkzeug in politischen Konflikten instrumentalisiert. Abweichende politische, moralische und wissenschaftliche Positionen werden häufig als Zumutung aufgefasst.

Diese Transformation der politischen Kommunikation, die wir in den vergangenen Jahren mit dieser Über-Moralisierung auf beiden Seiten erleben, gießt unsere politische Kommunikation in ein Muster, das wir von Carl Schmitt kennen: in die Gegenüberstellung von Freund und Feind als die eigentliche Essenz des Politischen. Das Ergebnis ist Polarisierung – die alt-neue Krankheit

der Demokratie. Nicht nur identitäres Recht, sondern auch linksliberale Strömungen tragen dazu bei, wenn sie die diskursive Ausgrenzung der „Moralverweigerer“ betreiben.

Dreht die Waffenfrage also erneut an der Polarisierungsschraube, die wir empirisch feststellbar in Deutschland und in den meisten westlichen Demokratien sehen? Wenn Twitter ein Vorwarnsystem ist, dann ist das so. Ich bewege mich da sehr naiv seit zwei Jahren und bin unmittelbar in eine solche linksliberale Blase geraten, deren Argumente, die ich selbst gut kenne, mich in ihrer Selbstgerechtigkeit zu langweilen beginnen.

Aber ich erkenne in der Ukraine-Debatte eine neue Schärfe, die mich an die Corona-Krise erinnert. Die Kritiker und Kritikerinnen von Waffenlieferungen sind in der Minderheit, ihre Stimmen gedämpft. Die diskursive Dominanz der Befürworter und Befürworterinnen von Waffenlieferungen ist in Deutschland unverkennbar: in den Leitmedien, unter den Grünen, Liberalen und Christdemokraten. Setzen sie sich gegen den vorsichtig agierenden Bundeskanzler durch, bestimmt nicht mehr der Kanzler die Richtlinien der Politik, sondern die Leitmedien. Es wäre wohl das endgültige Aus der Kanzler-Demokratie hier in diesem Lande. Aber noch ist es nicht so weit.

*

Wolfgang Merkel ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität. Von 2004 bis 2020 leitete er als Direktor die Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin.

■

„Zuhören. Und Nachdenken“

Adrian Lobe über die informierte Gesellschaft

epd Wir haben, wie Viktor Mayer-Schönberger es formulierte, vom zielgerichteten Träumen gesprochen, und ich biege dazu auf die Zielgerade ein. Am 24. April fand in Frankreich der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahl in Frankreich statt. Dabei haben 13 Millionen Wählerinnen und Wähler für Marine Le Pen gestimmt. 13 Millionen Stimmen für die rechtsextreme Populistin!

2012 habe ich in Frankreich studiert und dort miterlebt, wie Marine Le Pen den 1. Mai gekapert hat, der eigentlich der Feiertag der Arbeiterbewegung ist. Frankreichs Gewerkschaften leiden, wie in allen anderen Ländern auch, unter Mitgliederverlust. Marine Le Pen legte an der vergoldeten Bronzestatue der Jeanne d'Arc in Paris einen Kranz nieder und inszenierte sich als Wiedergängerin der großen Freiheitskämpferin. Es herrschte eine seltsam aufgeladene Stimmung. Ich stand vor der monumentalen Opéra Garnier, um mitzuerleben und auch um zu verstehen, warum diese rechtsextreme Partei so stark ist. Eigentlich ist sie ein eher kleiner Verein, der damals noch Front National hieß, sich heute Rassemblement National nennt und von russischen Banken unterstützt wurde.

„Die große Freiheit“

Wie Marine Le Pen da auf der Bühne stand und vor ihren Anhängern Stimmung gegen Deutschland machte, hatte etwas Bedrohliches. Es lag ein anti-deutsches Ressentiment in der Luft. Ich hatte Angst, mich mit meinem deutschen Akzent zu entlarven. Was mich irritierte: Auf der Kundgebung waren alle Gesellschaftsschichten vertreten. Frauen mit Kinderwagen, junge Männer mit Trikolore, Senioren. Womöglich habe ich ein stereotypes Gedankenmodell im Kopf, Rechtsextreme sind in meiner Vorstellung anders konnotiert.

Bei diesem Erlebnis am 1. Mai 2012 wurde mir erstmals bewusst, wie sehr ich – Jahrgang 1988 – von der Friedensdividende profitiere. Krieg war bis dahin keine große Bedrohung in Europa, vielleicht mit Ausnahme des Kosovo-Konflikts. Es war vielmehr die große Freiheit, die ich als Student erlebt habe, mit dem Erasmus-Ticket nach Paris zu kommen. Das, wie gesagt, war die erste Begegnung, die Angst in mir auslöste.

Die zweite furchteinflößende Begegnung war, als ich in der Pariser Métro in den Lauf eines Maschinengewehrs schaute. Bereits 2012 waren das französische Militär und die Polizei in der Hauptstadt sehr präsent und

patrouillierten. Es war ein ungewohntes Bild, die schwer bewaffneten Militärs in der Métro zu sehen. Hier fallen für mich zwei Dinge in eins: die äußere Bedrohung durch den Terrorismus, vor Bataclan, aber nach 9/11. Und die innere Bedrohung der Demokratie, die sich möglicherweise auch dadurch abschafft, indem sie die Stadt zur Festung aufrüstet.

Ins Institut d'études politiques (IEP), an dem ich studierte, konnte man einfach hinein- und herauslaufen, heute braucht man einen Ausweis, um an den Securitys vorbei ins Sciences Po zu kommen.

Das waren die zwei Erlebnisse, die mir an diesem Sonntag der Stichwahl in Frankreich wieder in den Sinn kamen.

„Stereotypes Denkmodell“

Irritierend fand ich auch die Bilder von Marine Le Pens „Wahlparty“. Da waren Leute zu sehen, die an der Frankfurter Börse ein- und ausgehen könnten. Auch da, muss ich sagen, habe ich möglicherweise wieder ein stereotypes Denkmodell des rechtsextremen Spektrums im Kopf. Und einzuräumen ist auch, dass es Marine Le Pen mit ihrer Dédiabolisation-Strategie – Stichwort Moralismus, – gelungen ist, in den Mainstream einzurücken und bei der Arbeiterschaft auf Stimmenfang zu gehen.

Mit anderen Worten: Die liberale Demokratie sieht sich heute mit vielen äußeren und inneren Bedrohungen konfrontiert: Da ist der Terrorismus, über den wir derzeit weniger sprechen. Und da ist der Rechtsextremismus, der sich mittlerweile in Frankreich im Gewand einer Katzenliebhaberin zeigt. Rassismus. Verschwörungstheorien. *Hate Speech*. Klimawandel. Pandemien. Krieg. Cybergelassenheit, über die wir noch gar nicht gesprochen haben. Aber eine zunehmend digital organisierte und digital verfasste Gesellschaft hat erhebliche Sicherheitslücken, vom Auto über Krankenhäuser bis hin zur Manipulation von Wahlen. Das ist eine Vielzahl von Bedrohungen. Vielleicht ist an dieser Stelle Karl Valentin zu bemühen mit seinem Satz: „Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie mal war.“

Was macht also eine resiliente Gesellschaft, nach der das LPR-Forum heute gesucht hat, aus? Ich, wir haben gelernt: Wir brauchen robuste Institutionen, die sich anpassen können an diese multiplen Krisen. Die Krisenhaftigkeit der modernen Gesellschaft ist kein

neues Phänomen, aber wir sind jetzt konfrontiert mit dem Ineinandergreifen verschiedener Krisen. So hat der Klimawandel auch etwas zu tun mit Pandemien, weil sich durch die Erderwärmung Infektionskrankheiten schneller ausbreiten können. Was also ist zu tun?

Die hessische Justizministerin Eva Kühne-Hörmann sagte, wir brauchen eine starke Presse. Der Rechtsstaat müsse auf den Hass im Netz reagieren können, zum Beispiel, dass die Aufstellung sogenannter Feindeslisten pönalisiert wird.

Viktor Mayer-Schönberger forderte uns auf, Entscheidungen zu treffen. Ich habe noch das Bild mit der Weggabelung vor Augen, das er gezeigt hat, an der man sich eben entscheiden muss, nach links oder nach rechts zu gehen, unter der Annahme, dass es keinen dritten Weg gibt. Nur, wie geht das?

„Die Rolle des Journalismus“

Faktenbasiert ist das Ideal. Ich möchte die These aufstellen, dass eine resiliente Gesellschaft zwingend eine informierte Gesellschaft ist. Die Bürger, das Publikum oder, systemtheoretisch gedacht, die sozialen Systeme brauchen Informationen über sich und ihre Umwelt, um eine komplexer werdende, datengetriebene Welt zu verstehen und zu gestalten.

Der ehemalige Google-Chef Eric Schmidt konstatierte bereits vor einigen Jahren, dass alle zwei Tage so viele Informationen erzeugt werden, wie die Menschheit bis 2003 in ihrer gesamten Zivilisationsgeschichte produziert hat: fünf Exabyte. Das ist etwa 100.000 Mal so viel wie die Library of Congress an Printausgaben in ihrem Bestand hat.

Wenn wir im Internet schauen, finden wir alle möglichen Informationen. Sie können sich die alten „Wetten, dass..?“-Folgen anschauen oder wissenschaftliche Publikationen abrufen und Sie stoßen natürlich auch auf jede Menge Müll im Netz. Zu den Paradoxien unserer Zeit gehört, dass wir noch nie so viele Informationen hatten, aber auf der anderen Seite noch nie so wenig Informationen über die Informationen. Das macht ihre Einordnung und die Rolle des Journalismus umso bedeutender, auch um sicherzustellen, dass wir nicht in verschiedene Realitäten abdriften.

Alexandra Borchardt hat in ihrem Vortrag auf das Phänomen der „News Avoidance“ hingewiesen. 28 Prozent sind laut dem „Digital News Report 2019“ von der Nachrichtenfülle erschöpft, 32 Prozent vermeiden sogar den Nachrichtenkonsum, jeder zweite junge Mensch ist ein Nachrichtenmuffel. Es gibt auch noch

einen anderen, etwas pathologisch anmutenden Begriff: *News Fatigue*.

Die Menschen sind der Nachrichten überdrüssig; jedes Mal, wenn man den Nachrichtenstrahl auf Twitter oder auf Facebook anschaut, poppen neue Meldungen auf, neue Horrornachrichten, neue Schreckensbilder, aus dem Ukraine-Krieg, von den Corona-Toten, von Hungersnöten. Es war vorhin vom Verblässen der Welt die Rede, von fehlenden Informationen über das Weltgeschehen und mangelndem Verständnis der Zusammenhänge. Zugleich ist jedoch ein Overkill an Ereignis- und Krisenkommunikation festzustellen, der uns auf allen Kanälen erreicht. Die Losung der Netz-Utopien – Andrian Kreye hat das Wort von der „Freiheitsmaschine“ verwendet –, dass mehr Information mehr Mündigkeit bedeutet, gilt nicht mehr.

Im Zusammenhang mit der Corona-Krise war von einer „Infodemie“ die Rede, einer Art endemischem Zustand, in dem sich *Fake News*, Gerüchte und Spekulationen rasend schnell um den Globus verbreiten, wie ein Virus. Auch Angst kann ansteckend sein. Verstärkt durch algorithmische Hebelwirkungen versetzen die populistischen Angsthändler die Informationsbörsen in einen permanenten Panikmodus. Auf der einen Seite haben wir es mit volatiler werdenden Informations- und Ereignismärkten zu tun, mit dem interessanten Phänomen, dass der spekulative Charakter auch faktischer Natur ist, das heißt, wir spekulieren immer mehr mit Fakten.

„Personalisiertes Anzeigenblatt“

Auf der anderen Seite sehen wir uns mit einer Inflationierung von News konfrontiert. Die Folge: Wir stumpfen immer mehr ab. Deshalb auch der Begriff der *News Avoidance*. Die Bilder der Militärkonvois aus Bergamo, die die Corona-Toten abtransportierten, haben uns im Frühjahr 2020 schockiert. Heute sieht man vielleicht die Corona-Neuinfektionen mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit oder sogar Ablehnung. Und die Fotos hungernder Menschen auf Madagaskar schaffen es schon nicht mehr in die „Tagesschau“.

Wenn wir von *News Fatigue* oder *News Avoidance* sprechen, müssen wir uns die Frage stellen: Was sind überhaupt Nachrichten? Das, was auf der Seite 1 von FAZ, SZ und „Le Monde“ steht? Oder das, was uns Facebook großsprecherisch in seinem *Newsfeed* als News verkauft?

Letztere sind vor allem betuliche Neuigkeiten aus dem Familien- und Freundeskreis. „Friends and family first“, hat das Instagram-Chef Adam Mosseri genannt, als Facebook wieder einmal den Algorithmus verstellt hat. Was auch die bemerkenswerte Folge hatte, so eine Hypo-

these, dass dies die Gelbwesten-Bewegung befeuert hat, weil Facebook den Newsfeed-Algorithmus auf lokale News priorisiert hat. Damit sind auf dieser Plattform die nach Departements gruppierten Lokalverbände der Gelbwesten-Bewegung entstanden.

In den USA konsumiert nach einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Pew Research Center fast jeder dritte Erwachsene „News“ auf Facebook. Doch das, was die Nutzer in ihrem Newsfeed präsentiert bekommen, ist eben nicht das Fenster zur Welt, sondern ein sehr dünner Ausschnitt aus der Wirklichkeit: ein personalisiertes, algorithmisch hochgetuntetes Anzeigenblatt. Wo immer mehr Lokalzeitungen in den USA schließen, gibt es eben nur noch digitale Plattformen. Dass ausgerechnet Facebook, das durch die Absorption des Werbemarktes maßgeblich für die informationelle Ödnis gesorgt hat, nun die Oase in den Zeitungswüsten sein soll, ist eine bittere Ironie der (Medien-)Geschichte - und wird womöglich noch gekrönt durch die Twitter-Übernahme durch Elon Musk.

Die alten Netzutopisten um John Perry Barlow würden sich wahrscheinlich im Grabe umdrehen, wenn sie erfahren, dass einer der größten Kapitalisten ihre Idee einer elektronischen Agora kapitalisiert. Die Plattform-Ökonomie in Gestalt von Facebook, Instagram, Twitter hat die Fragmentierung, Polarisierung und Privatisierung der Öffentlichkeit weiter vorangetrieben: Digitale Stämme verschanzen sich in ihren ideologischen Trutzburgen und rüsten rhetorisch immer weiter auf.

„Dissens ertragen“

Um die Radikalisierung zu ermesen, muss man sich nur die Protokolle auf Telegram durchlesen oder die Kommentare unter Artikeln, in denen Éric Zemmour, der Rechtsaußen-Kandidat bei der französischen Präsidentschaftswahl, fordert, dass sich Zinedine Zidane doch bitte Jean Zidane nennen soll. Das Ergebnis sehen wir auf der Straße, bei „Pegida“ oder den Corona-Protesten, oder an der Wahlurne in Frankreich. Fakten als Goldstandard politischer Diskussionen scheinen in manchen Kreisen nicht mehr viel zu gelten, die *alternative facts* lassen grüßen.

Joachim Becker hat eingangs von einer „Diskursunfähigkeit“ gesprochen. Diese Diagnose ist mehr als bedenklich. Der offene Diskurs ist der Sauerstoff der Demokratie, ohne ihn kann es keine Legitimität politischer Entscheidungen geben auf einer normativen Ebene, aber möglicherweise auch keine sinnigen oder rationalen kollektiven Entscheidungen.

Wie lassen sich also - im Spannungsfeld von *News Fatigue*, Desinformationen und Alarmismus - Informiert-

heit und Diskursfähigkeit wiederherstellen? Wie kann man Informationen verbreiten, ohne Panik zu schüren? Wie lassen sich Phänomene wie der Klimawandel, die eben kein Ereignis, sondern Prozesse sind, in die Event-Kultur digitaler Unterhaltungsmedien einspeisen? Wie kann seriöser Journalismus funktionieren, ohne aktivistisch zu werden? Oder braucht es sogar mehr Aktivismus, um den Ernst der Lage klarzumachen? Wie können wir uns diesem Krisentremolo entziehen, ohne bürgerschaftliches Engagement aufzugeben?

Ich glaube, es gibt zwei Möglichkeiten: Zuhören. Und Nachdenken.

Wir müssen lernen, Dissens zu ertragen, andere Meinungen zu akzeptieren, die Widersprüchlichkeit einer Welt, in der es keine Lagerfeuer und homogene Öffentlichkeiten mehr gibt, auszuhalten. Wir müssen wissen, was wahr und was falsch ist. Und wir müssen verstehen, wie die algorithmischen Systeme, die unsere digitale Öffentlichkeit strukturieren und formatieren, funktionieren.

Ich habe neulich einen Selbstversuch auf Tiktok gemacht, das nicht zu meinen bevorzugten Informationsquellen gehört und wofür ich als Angehöriger einer Generation, die noch in ICQ chattete, wahrscheinlich auch zu alt bin. Da mischen sich Pranks - das ist so eine Art Humor - mit Live-Aufnahmen aus dem Häuserkampf, da wird eine Putin-Rede mit dem Radetzky-Marsch untermalt und ein Kampfpilot singt „Danger Zone“ von Kenny Loggins. Als wäre das der Soundtrack des Krieges.

„Eskalationslogik“

Die Sequenzen, die der Algorithmus zu einem digitalen Daumenkino zusammenklebt, sind häufig disparat, aber sie gehorchen - und das ist das Erfolgsrezept in einer Aufmerksamkeitsökonomie - einer immanenten Eskalations- und Steigerungslogik.

Und in meinem Experiment sah ich Aufnahmen aus einer zerbombten Stadt, auf die ein Clip eines ukrainischen Soldaten folgte, in dem angeblich jemand mit einer Panzerfaust versucht hat, einen russischen Kampffjet abzuschießen. Dann habe ich noch ein paar Mal weitergewischt und bin in einem vermeintlichen Nuklearkrieg gelandet, in dem zu sehen war, wie ein Atompilz einer taktischen Nuklearbombe angeblich über Kiew gezündet wurde. Natürlich Falschinformationen, aber das hat durchaus etwas Menetekelhaftes.

Kurzum, man tänzelt von einem Extrem ins andere. Man gerät in einen regelrechten Sog. Dazwischen sieht man die Schnipsel von Militärsimulationen aus Computerspielen, die sich als Live-Streams ausgeben. Willkommen

in der Hyperrealität, würde Jean Baudrillard sagen. Das Beklemmende und Bedrückende ist, dass man nicht weiß, nach welchem Prinzip der Algorithmus funktioniert. Die Tiktok-Mutter ByteDance ist ein chinesischer Konzern und der Tiktok-Algorithmus ist eine Black Box. Wie er funktioniert, entzieht sich weitgehend der Kenntnis der Öffentlichkeit.

Für eine Demokratie, die für sich in Anspruch nimmt, ihre Relevanzkriterien und Agenda selbst zu bestimmen, ist das ein äußerst unbefriedigender Umstand. Vom Medientheoretiker Marshall McLuhan stammt das Diktum: „Wir formen unsere Werkzeuge, und hinterher formen sie uns.“ Der Satz gilt auch für digitale Artefakte. Wir formen Algorithmen, und sie formen uns und unsere Denkmodelle.

„Neue Ökologie der Aufmerksamkeit“

Wir befinden uns aus meiner Sicht an einer Weggabelung zwischen einer neuen Wissensexplosion und einer neuen Technikgläubigkeit: Künstliche Intelligenz vermag Muster zu erkennen, die wir so noch nicht gesehen haben, und kann die Wissensproduktion und den technischen Fortschritt beschleunigen. Wenn ich mir anschau, welche Werkzeuge es mittlerweile gibt und wie Big Data und Machine Learning dabei helfen, Erkenntnisse zu finden und wie sie mittlerweile sogar in der Lage sind, in der Wissenschaft Hypothesen zu generieren, muss ich sagen, das ist beeindruckend.

Auf der anderen Seite sehe ich die Gefahr, dass wir zu informationellen Mündeln algorithmischer Autoritäten degradiert werden könnten. Wenn ich noch einmal an das Bild der Weggabelung denke, das Viktor Mayer-Schönberger gezeigt hat: Bin es wirklich ich, der entscheidet, oder ist es die Maschine? Wir folgen nicht nur blind dem Navi, was schon zu manchen kuriosen Irrfahrten geführt hat, sondern lassen uns völlig unkritisch von Algorithmen über die Datenautobahnen lotsen – es ist ja auch bequem.

Auf dem Weg zu einer neuen Ökologie der Aufmerksamkeit, einem medialen Ökosystem, das Spam, Hasskommentare und Nachrichten filtert, müssen wir daher den Autopiloten ausschalten und unseren Denkapparat einschalten, unseren eigenen Kompass finden. Das menschliche Gehirn benötigt lediglich 20 Watt. Es gibt nichts, was so umwelt- und privatsphärenschonend und autonomiestiftend ist wie das eigene Denken.

*

Adrian Lobe ist Autor und Journalist. Er schreibt unter anderem für die „Neue Zürcher Zeitung“, die „Berliner Zeitung“ und die „tageszeitung“ über Technologiethemata und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft. 2019 erschien sein Buch „Speichern und Strafen“ im Verlag C.H. Beck. ■